

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 138 SONNTAG, 2. Februar 1936

Aus dem Inhalt:

Ein Gestapo-Dokument
Die braunen Riesenschulden
Kulturbilanz des Dritten Reichs
Vertrauensrätewahlen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Für Deutschland - gegen Hitler!

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, sprach er nicht von nationalsozialistischer Parteidiktatur. Er beschwor die freiheitliche Verfassung der Republik und versprach sein Amt nach vier Jahren in die Hände des Volkes zurückzulegen.

»Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte über uns.«

So hieß es in dem Aufruf der Regierung Hitler vom 1. Februar. Seitdem sind drei Jahre vergangen. Was ist aus den Eiden und Gelöbnissen, was ist aus den Rechten des deutschen Volkes geworden?

Vier Wochen nach seiner Ernennung vollzog Hitler den Absperrung. Seine Banden steckten den Reichstag in Brand. Er aber log, die Brandstiftung sei das Werk einer angeblichen »sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront«.

Mit diesem schändlichsten Verbrechen der Weltgeschichte begann die Zeit des braunen Schreckens. Ein Regiment blutiger Willkür wurde aufgerichtet, wie das deutsche Volk es seit Jahrhunderten nicht mehr erlebt hatte. Die siegreiche Partei herrschte mit Peitsche und Revolver, ihre Gegner waren vogelfrei. Sie fielen nicht im Kampfe, Mann gegen Mann. Wehrlose wurden gejagt und in grausamer Weise getötet. Nie sah die Welt ein schändlicheres Schauspiel als dieses Morden, das im Namen einer wiederhergestellten Volksgemeinschaft von Deutschen an Deutschen verübt wurde.

In der Junischlächtere von 1934, dem großen Kameradenmord, erreichte die blutige Orgie ihren Höhepunkt. Aber das Töten hörte damit nicht auf. Noch im dritten Jahr der Diktatur hatte die Sozialdemokratische Partei blutige Opfer zu beklagen, wie Fritz Husemann, Max Sachs und viele unbekannte Soldaten der Freiheit.

Tausende, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie der Sache der Arbeiterbewegung, den hohen Idealen freier Menschlichkeit treu geblieben sind, schmachten in überfüllten Kerkern und Konzentrationslagern. Sammlungen für ihre hungernden Frauen und Kinder werden als Hochverrat mit barbarischer Härte bestraft.

Hitler hat dem deutschen Volk die Freiheit versprochen. Er hat ihm den Zuchtstaat gebracht.

I.

»Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrisen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.«

So die »nationale Regierung« Hitlers am 1. Februar 1933.

Von den vier Jahren sind drei vorbei. Wer glaubt noch, daß am Ende des vierten die Versprechungen, die vor drei Jahren freigebig verteilt wurden, erfüllt sein werden?

Niemand ist im Dritten Reich schlimmer betrogen als der Bauer. Anstatt ihn »der Verelendung endgültig zu entziehen«, haben Hitler und Darré auf seine Kosten den lebensunfähigen Großgrundbesitz gerettet. Osthilfe, Absperrung vom Weltmarkt, hemmungslöse Liebesgabenpolitik beim Branntweinmonopol sollen ihn auf die Beine helfen. Den Bauern aber wurden

neue Lasten aufgebürdet. An die Stelle der Förderung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft in der Republik trat die Verteuerung der Futtermittel durch Zoll-erhöhungen und Einfuhrbeschränkungen. Für die wichtigsten bäuerlichen Erzeugnisse ist die Zwangswirtschaft eingeführt worden. Im Namen einer weltfremden Erbhof-Romantik ist die Verfügungsgewalt der Bauern über seinen Besitz eingeschränkt und sein Kredit geschädigt worden. Die versprochene Steuererleichterung ist ausgeblieben, statt dessen wurde die Steuereinzahlung rücksichtslos verschärft, Belastung durch Zwangsbeiträge und »freiwillige Spenden« aller Art ungeheuer erhöht. Mit dem Geld der Bauern mästel sich im Reichsnährstand und seinen zahllosen Unterorganisationen ein Heer von unfähigen und korrupten braunen Bonzen. Trotz phantastischer Pläne und großsprecherischer Ankündigungen wurden im Dritten Reich jährlich nur halb soviel Siedlungen geschaffen wie in der Republik.

Die Arbeitslosigkeit ist angeblich auf zweieinhalb Millionen vermindert worden. Wie aber ist diese Verminderung zustande gekommen? Hunderttausende wurden aus der Unterstützung ausgeschlossen, Hunderttausende zu Pflicht- und Notstandsarbeit gezwungen, bei der sie oft weniger verdienen, als früher ihre Unterstützung betrug.

Hunderttausende Jugendlicher wurden in den Arbeitsdienst und in die Landhilfe gepreßt, wo sie oft unter Zuständen leben und arbeiten müssen, die große sittliche Gefahren und oft schwere Störungen der Berufsentwicklung mit sich bringen. Millionen aber stehen in Kurzarbeit und schaffen nur wenige Tage in der Woche zu einem Verdienst, der weit unter den Unterstützungssätzen der Republik liegt.

Die mit großem Propagandalärm aufgezogene »Arbeitsschlacht« hat das ganze Volk mit wachsender Verarmung bezahlen müssen, nicht zuletzt der Arbeiter selbst. Mit raffinierten Methoden sind die Löhne herabgesetzt und die Abzüge erhöht worden. Gleichzeitig aber sind die Preise stark gestiegen und damit die Real-löhne noch weit mehr herabgedrückt worden als die Geldbezüge. Die Gewerkschaften sind zerschlagen worden; an ihrer Stelle wird die Arbeitsfront zu einer allumfassenden Zwangsorganisation gemacht, in der die Arbeiter nur Pflichten, aber keine Rechte haben. Sie müssen Beiträge zahlen, aber sie erhalten keine gewerkschaftliche Gegenleistung mehr dafür; sie haben kein Recht, die »Amtswalter« zu wählen, und nicht einmal einen Einblick in die Verwendung der Beitragssummen, geschweige denn ein Recht zur Kontrolle. Im Betrieb sind sie rechtlos der Ausbeutung durch die Unternehmer preisgegeben. Keine Gewerkschaft, keine Lohnkommission, kein Betriebsrat wacht mehr über die Einhaltung der Tarifbestimmungen. Die »Vertrauensräte« sind nichts als ein Wandschirm zur Verhüllung der nackten Unternehmerwillkür. Mit allen Mitteln trachtet das System danach, den Geist der Solidarität unter den Arbeitern auszurotten und statt dessen kriecherische Unterwürfigkeit und entwürdigende Günstlingswirtschaft zu züchten. Kameradschafts-abende und Betriebsappelle sollen die Arbeiter darüber hinwegtäuschen, daß Arbeitstempo und Ausbeutung bis ins Unerträgliche gesteigert werden.

Mit den Löhnen sind Renten und Unterstützungen abgebaut worden. In allen Zweigen der öffentlichen Fürsorge sind die Leistungen ver-

mindert, in allen Teilen der Sozialversicherung die Renten herabgesetzt worden. Wo früher auf Grund jahrzehntelanger Beitragsleistungen Rechtsansprüche bestanden, gilt heute das Bedürftigkeitsprinzip. Die mustergültige, aber stille Arbeit der Sozialpolitik in der Republik wird verdrängt durch den marktschreierischen Propagandarummel des Winterhilfswerks und der Kraft durch Freude. An die Stelle der öffentlichen Fürsorgepflicht ist das demütigende Almosenwesen, an die Stelle der kulturellen Selbsthilfeorganisation und Selbstbestimmung des Volkes der von den braunen Bonzen kommandierte Unterhaltungsbetrieb und Gesinnungsdrill getreten.

Nicht minder hart ist der Mittelstand betroffen. Auf seine Kosten versucht das System die Folgen seiner verfehlten Wirtschaftspolitik, die Preissteigerungen und die Lebensmittelknappheit, zu bekämpfen. Die Handelsspanne wird immer weiter vermindert. Leisten die Handels- und Gewerbetreibenden Widerstand, so werden »Volksempörungen« künstlich inszeniert, um die Erbitterung von den wahren Schuldigen abzulenken. Den verminderten Verdienstmöglichkeiten steht eine gesteigerte Belastung durch Steuern, Zwangsbeiträge und Spenden gegenüber. Die neugebildeten Zwangsgewinnungen sind nutzlose Beitragsmaschinen und wahre Brutstätten der Korruption und Vetternwirtschaft.

Während so alle Schichten des schaffenden Volkes zu immer neuen Opfern gezwungen werden, sind die Rüstungsgewinnler die einzigen, die von dem vor drei Jahren versprochenen »Aufblühen der übrigen Wirtschaft« profitiert haben. Aber der »Segen« der Rüstungsaufträge hat nur eine Scheinblüte der Wirtschaft zu erzeugen vermocht. Die Ankurbelung der Wirtschaft ist nicht geglückt und der ganze wirtschaftliche Kreislauf wird nur durch die Rüstungsaufträge aufrechterhalten. Statt die notwendigen Lebensbedürfnisse des Volkes zu befriedigen, werden Kanonen und Tanks fabriziert.

Die Scheinblüte eines Teiles der Wirtschaft ist erkaufte worden um den Preis einer wachsenden Zerrüttung der öffentlichen Finanzen. Die Aufrüstung verschlingt ungezählte Milliarden. Um sie aufzubringen, hat sich das Reich in eine hemmungslöse Schuldenwirtschaft gestürzt. Riesensummen von kurzfristigen Krediten, deren wahre Höhe dem Volke verschwiegen wird, sind in den letzten Jahren aufgehäuft worden. Immer mehr geht das Reich dazu über, die Gelder der Sparkassen und Versicherungsinstitute für die Rüstungsfinanzen mit Beschlag zu belegen. Alles neu sich bildende Kapital wird vom Staat für Rüstungszwecke abgeschöpft und so mit Sicherheit jede wirkliche Gesundung der Wirtschaft vereitelt. Für Wohnungsbau und Siedlung ist trotz wachsender Wohnungsnot kein Geld da. Erz ist wichtiger als Butter, und Flugzeuge sind wichtiger als Wohnungen. Der Rohstoffmangel ist größer als die Bevölkerung ahnt.

Der ganze Wahnsinn dieser Wirtschaftspolitik enthüllt sich auf dem Gebiete der Ausfuhr. Deutschland, das größte Verarbeitungsland Europas, ist heute nicht mehr imstande, genug auszuführen, um mit dem Erlös seiner Ausfuhr die erforderliche Einfuhr bezahlen zu können. Große Teile des Außenhandels, in jahrzehntelanger, mühsamer Arbeit aufgebaut, sind vernichtet, wertvollste Absatzmärkte, einst in zähem Ringen einer Welt von Konkurrenten abgewonnen, sind verloren.

In freiwilliger Selbstblockade steht Deutschland heute einer Weltwirtschaft gegenüber, die in steigendem Maße die große Krise überwindet und einer neuen Konjunktur zustrebt.

Ein Aufblühen der Wirtschaft hat Hitler versprochen. Not der Bauern, Not der Arbeiter und Angestellten, Not des Mittelstandes, Lebensmittelnot, Rohstoffnot, drohende Katastrophe der Finanzen und der Wirtschaft — das ist das wirkliche Ergebnis.

II.

Nicht nur materielle Werte wurden verschwendet. Schlimmer noch sind die Verwüstungen auf geistigem und sittlichem Gebiet. Hitler- und Streichergeist gibt die Richtlinien für Gesetzgebung und Rechtsprechung, Wissenschaft und Erziehung, Kunst und Literatur. Schweigend oder dienstfertig zustimmend haben sich Richter und Professoren, Beamte, Lehrer, Künstler und Schriftsteller diesem entwürdigenden Anspruch gebeugt. Von dem freien Geistesleben, das die Republik erfüllte, ist nichts übrig geblieben. Der Totalitätsanspruch der regierenden Partei schafft eine Totalität der geistigen Knechtung.

Auch die Kirchen, die katholische und die protestantische, haben die Freiheit verloren, deren sie sich in der Republik im reichen Maße erfreuten. Die Abneigung vieler ihrer Diener gegen die Demokratie, ihr Liebäugeln mit »autoritären« Staatsformen, hat sich furchtbar an ihnen gerächt. Der Totalitätsanspruch des Dritten Reiches macht auch vor dem Inhalt des christlichen Glaubens nicht Halt. Wie Wirtschafts-, Kultur- und Bevölkerungspolitik, so soll auch die Kirchenpolitik in den Dienst der Kriegsvorbereitungen gestellt werden. Für ein Christentum, das auf menschlicher Gesinnung beruht, ist keine Stätte mehr, wo ein neues Barbarentum den Kampf gegen die Humanität auf seine Fahne geschrieben hat.

Aberglaube und Gewinnssucht haben sich zu einem Ausrottungskrieg gegen die Juden verbündet. Nicht die Trusts werden verstaatlicht, nicht die Bankfürsten werden enteignet, nicht die Zinsknechtschaft wird gebrochen, wie man verheißt hat; dafür schmeichelt man den Instinkten des gemeinsten Pöbels, indem man über eine wehrlose Minderheit herfällt, sie mißhandelt und ausplündert. Den Pogromhelden des Kurfürstendamms und der Nürnberger Gesetzgebung folgen die Hyänen des Schlachtfeldes, Postenjäger und Firmenschlächter.

Nie haben sich die Mächtigen skrupelloser auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, sind öffentliche Mittel sinnloser verschleudert worden. Ein Parteifest jagt das andere. Hochzeiten und Geburtstage werden mit Prunk und Pomp gefeiert, während Millionen darben und hungern. Männer, die vor wenigen Jahren noch Offenbarungseide leisteten, verfügen über Güter, Villen, Autos und Auslandsguthaben. Jede Kontrolle der staatlichen Einnahmen und Ausgaben hat aufgehört. An die Stelle der durch Parlament und Presse kontrollierten sparsamen und sauberen Verwaltung der Republik ist ein Sumpf der Korruption getreten. Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Mut und Ueberzeugung sind staatsfeindliche Charaktereigenschaften. Heuchelei und Schmeichelei, Strober- und Kriechertum beherrschen alles.

Das ist in drei Jahren aus Deutschland geworden. Das hat Hitler aus Deutschland gemacht! Er vermißt sich, über 63 Millionen Menschen mit der Unumschränktheit

efnes asiatischen Despoten zu regieren; er trägt darum auch die volle Verantwortung für die moralischen und materiellen Folgen, die dem deutschen Volke aus seinem Regierungssystem erwachsen sind. Deutschland kann nur gesund sein, wenn es sich vom Wahnsinn des »Führergedankens« und vom »Führer« befreit.

III.

Aber hat Hitler nicht »Deutschlands Ehre wieder hergestellt«, sein Ansehen erhöht und seine Sicherheit vermehrt, indem er die allgemeine Wehrpflicht proklamierte?

Nein, und abermals nein! Er hat von alledem das Gegenteil getan! Ehe Hitler kam, war das besetzte Gebiet befreit, die Reparationen waren gestrichen, Deutschland saß als anerkannte Großmacht im Rat des Völkerbundes. Der Weg zu einer Rüstungskonvention war beschritten, Deutschlands Gleichberechtigung war grundsätzlich gesichert.

Es gab keine Kriegsgefahr. Seit Hitler am Ruder ist, geht Kriegsfurcht im Volke um. Sein theatralischer Austritt aus dem Völkerbund führte zur Isolierung Deutschlands. Seine pomphafte Ankündigung der allgemeinen Wehrpflicht, sein fieberhaftes Aufrüsten trieb alle Länder zu stärkeren Rüstungen an.

Selbst vom Standpunkt der nationalsozialistischen Machtpolitik wiegt der Gewinn den Verlust nicht auf: England und Frankreich sind fester denn je gegen jeden möglichen Angriff verbunden. Amerika macht aus seinem Abscheu vor der »Regierung der Gangster« kein Hehl. Sowjetrußland ist durch die irrsinnigen Eroberungspläne der Hitler und Rosenberg endgültig auf die Seite der Gegner gedrängt. Durch die verbrecherische Politik gegen Oesterreich, die zum Kanzlermord vom 25. Juli 1934 führte, ging auch die Freundschaft mit dem geistesverwandten Italien in die Brüche.

Wo ist die Vermehrung der Sicherheit durch die allgemeine Wehrpflicht? Nicht die Sicherheit ist vermehrt, sondern die Kriegsgefahr.

All das wird vor dem Volke verborgen gehalten. Absichtlich wird es über seine wahre Lage in Unkenntnis gelassen. Aber der Frieden kann nur erhalten bleiben, wenn das deutsche Volk die Wahrheit erfährt.

Die ersten drei Jahre der Diktatur waren die Vorbereitung zu Deutschlands Untergang. Hitlers Sturz ist Deutschlands Rettung!

Am 1. Februar 1933 versprach Hitler dem deutschen Volke, er werde es nach vier Jahren zu einer freien Entscheidung aufrufen. Er hat dieses Versprechen gebrochen. Ein Volk, das frei entscheiden soll, muß alle Tatsachen kennen, alle Meinungen hören und sich aus ihnen sein Urteil bilden. Es gibt keine freie Entscheidung ohne Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit des Zusammenschlusses, der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens. Hitler hat alle diese Voraussetzungen einer freien Entscheidung zerstört. Nun muß sich das Volk nicht mit Hitler, sondern durch den Sturz der Diktatur den Weg zu seinem Recht bahnen. Es ist der Weg zu seiner Rettung.

Nur eine freigewählte Volksvertretung, die aus sich heraus eine neue, dem Volk verantwortliche Reichsleitung schafft, kann Deutschland vor dem Untergang bewahren.

Nach Hitler das Chaos? Nein, Hitler ist das Chaos! Nach Hitler der Bolschewismus? — All das, was Hitler dem Bolschewismus vorwerfen kann, hat er selbst in der abstoßendsten Form verwirklicht. Nur eines hat er nicht getan, was der Bolschewismus getan hat. Er hat keine Diktatur gegen das Großkapital aufgerichtet, er schwingt die Peitsche für das Großkapital.

Während das ganze Land beunruhigt und aufgewühlt einer ungewissen Zukunft entgegenseht, bilden sich unter den Arbeitern der Großstädte Zentren des Widerstandes, Kristallisationspunkte der neuen Ordnung. Nur aus den dicht zusammengedrängten Massen der Industriebevölkerung kann die Kraft emporsteigen, die den inneren Feind der ganzen Nation überwindet. In diesem Sinne bekräftigen wir, was schon in unserer Erklärung vom Januar 1934 ausgeführt wurde:

»Der Sturz der Despotie wird sich, wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederringung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampfe vollziehen. Er wird sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Si-

tuation ausgenützt werden von einer entschlossenen, von radikalem Kampfgeist durchsetzten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus. Er kann nur erwachsen aus der Tat der Massen selbst.«

Aber der Kampf gegen die Hitlerdiktatur ist nicht die Aufgabe der Arbeiter allein. Alle Klassen und Schichten, abgesehen von einer Oberschicht, die aus den gegenwärtigen Zuständen Gewinn zieht, sind berufen, an dem Befreiungskampf des Volkes mit gleichen Rechten und Pflichten teilzunehmen. Sein Ziel ist nicht eine neue Diktatur an Stelle der alten, nicht die despotische Beherrschung eines Volksteils durch einen anderen Volksteil, sondern die Freiheit des ganzen Volkes.

Freiheit der Meinung in Wort und Schrift, Freiheit der Wissenschaft, der Kunst, des religiösen Lebens, Gleichberechtigung aller ohne Unterschied der Partei, der Religion und der Rasse! Freiheit und gleiches Recht für alle die, die Freiheit und gleiches Recht für alle wollen, unerbitterlicher Kampf gegen alle Feinde der Freiheit und des gleichen Rechts!

Nicht Knechtschaft, sondern Freiheit!
Nicht Willkür, sondern Recht!
Nicht Chaos, sondern Ordnung!
Nicht Geschwätz, sondern Sachkunde!
Nicht Korruption, sondern Kontrolle!
Nicht Festmusik und Wortgedröhn,

sondern ehrliche, sachliche und nüchterne Arbeit zum Wohl des Ganzen! Nur sie kann die ungeheueren, wahrhaft revolutionäre Aufgabe lösen, die den Siegern über Hitler gestellt sein wird: die Demokratie und den Sozialismus in Staat und Wirtschaft zu verwirklichen.

Aus Kerker und Exil sprechen wir. Es ist das schaffende Volk Deutschlands, für das wir kämpfen und opfern, es ist das schaffende Volk Deutschlands, an das wir glauben. Der Tag wird kommen, an dem es urteilen und richten wird!

30. Januar 1936.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Arbeiterschaft gegen Hitler

Die politische Bedeutung der Vertrauensrätewahlen

Am 3. und 4. April findet in Deutschland die Wahl der sogenannten Vertrauensräte statt. Nach dem Willen der nationalsozialistischen Machthaber soll diese Wahl die von Hitler früher versprochene allgemeine jährliche Volksabstimmung ersetzen, sie soll eine neue politische Vertrauenskundgebung für die Hitlerdiktatur werden. Man wolle auf diesem Wege einmal feststellen, ob die im Laufe der letzten Monate aufgetretenen Hindernisse im nationalsozialistischen Aufbauwerk, insbesondere die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, die positive Einstellung der Arbeiterschaft zum Regime haben, beeinflussen können. So etwa wurde Anfang des Jahres amtlich der politische Sinn dieser neuen Aktion erläutert. Man hat allerdings vorsichtigerweise gleich noch hinzugefügt, daß die Ergebnisse dieser Wahlen nicht veröffentlicht werden würden. Inzwischen hat der nationalsozialistische Organisations- und Propagandaapparat seine Arbeit zur Vorbereitung der richtigen Wahlergebnisse aufgenommen. Bei der Arbeitsfront ist ein besonderer Wahlleiter ernannt worden, und neben der Bearbeitung der Belegschaften in den Betrieben beginnt der Rundfunk mit einem intensiven Trommelfeuer auf seine Hörer.

Die ganze Aktion rückt wieder einmal die große Demagogie und Verlogenheit der Machthaber des Dritten Reiches ins helle Licht. Die Abstimmungen in den deutschen Betrieben am 3. und 4. April sind keine Wahlen, und die Vertrauensräte, die die Treuhänder der Arbeit nach der Abstimmung ernennen werden, sind nicht die freigewählten wirklichen Vertrauensleute der Arbeiterschaft. Sie sind nichts anderes als eine Verschleierung der nackten Tatsache, daß die nationalsozialistische Diktatur den deutschen Arbeitern aller Rechte der Mitbestimmung bei der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die sie sich in jahrzehntelanger, zähem gewerkschaftlichen und politischen Kampf erobert hatte, beraubt hat. In der zweijährigen Wirkungsdauer des Gesetzes zum »Schutz der nationalen Arbeit«, das die Stellung der Vertrauensräte in den Betrieben festlegt, hat die Arbeiterschaft täglich von neuem erfahren, daß hinter der Fassade der Vertrauensräte nicht der Schutz der Arbeitskraft, sondern der Schutz der Arbeitgeber vor den berechtigten Ansprüchen und Interessen der Arbeiter durch die herrschende nationalsozialistische Arbeiterpartei garantiert wurde.

Niemand ist sich im Zweifel darüber, daß Arbeitsfront und Propagandaministerium das Ergebnis in der Öffentlichkeit unter allen Umständen als einen hundertprozentigen Sieg feiern werden. An diesen Stellen ist man sich jetzt sicher schon klar darüber, wieviel Prozent ungültiger Stimmen man »amtlich« zulassen und zugeben will, und Göbbels und Ley können die Siegesartikel heute schon in Auftrag geben. Dennoch wird das tatsächliche Verhalten der Belegschaften in den einzelnen Betrieben von großer politischer und moralischer Bedeutung sein, denn was Göbbels verschweigt oder umlügt, das wird in den Betrieben und in den Industriebezirken durch die Flüsterpropaganda von Mund zu Mund gehen, und das wahre Resultat — nicht die amtlichen Ziffern — wird seine politische Wirkung ausüben.

Für die Stellung der Arbeiterschaft sind zwei Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung. Die Arbeiterschaft darf und wird nichts unternehmen, was die von der Diktatur verfolgte Absicht, die Vertrauensrätewahlen zu einer politischen Vertrauenskundgebung

auszuschlachten, erleichtern könnte. Die Arbeiterschaft muß ferner von der Erkenntnis ausgehen, daß die Vertrauensräte in den Betrieben kein geeignetes Mittel sind, um von den Betrieben aus wieder eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterschaft aufzubauen. Die neue Parole der Kommunisten, die Vertrauensräte für die Arbeiterschaft zu erobern und sie allmählich zu einem Instrument des antifaschistischen Kampfes auszubauen, gründet sich auf einer gefährlichen politischen Illusion. Auf der Illusion, man könne die Totalität der nationalsozialistischen Diktatur erschüttern durch die Wahl einer möglichst großen Zahl von früheren freien Gewerkschaftern oder Sozialdemokraten und Kommunisten. Es mag sein, daß im einzelnen Betrieb der geschulte freigewerkschaftliche frühere Betriebsrat erfolgreicher über die kleinen Nöten der Belegschaft zu verhandeln vermag als der stramme Nationalsozialist. Aber was bedeutet diese bescheidene Möglichkeit gegenüber der entscheidenden Tatsache, daß jede Stimme, die bei diesen Wahlen für die Liste des Betriebsführers abgegeben wird, als ein Vertrauensvotum für das Regime ausgewertet werden wird.

Nur das Nein, nur die Abgabe von ungültigen Stimmzetteln wird die Diktatur treffen und den Zersetzungsprozeß unter den Anhängern der Diktatur fördern. Nur das Nein läßt die Stärke der oppositionellen Kräfte in der Arbeiterschaft sichtbar werden. Nur das Nein kann über den einzelnen Betrieb hinaus werbend wirken unter den Lauen und Wankelmütigen. Nur das Nein wird der antifaschistischen und sozialistischen Front im Volk neue Impulse geben und ihr neue Kräfte zuführen.

Das System fürchtet diese sozialdemokratische Parole. Es wird in den nächsten Wochen alle Mienen springen lassen, um die Wirkung dieser Parole aufzuheben oder doch abzuschwächen. Vom offenen Terror über die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bis zum Appell an das Verantwortungsbewußtsein der früheren Vertrauensleute der Belegschaft werden alle Register gezogen werden, um Kandidaten, die auch heute noch das Vertrauen der Belegschaft besitzen, für die Listen zu gewinnen. Wir sind überzeugt, daß kein Sozialdemokrat und Freigewerkschafter aus freiem Ertschluß seinen Namen zum Stimmenfang hergeben wird, daß unsere Parole der innersten Ueberzeugung aller unserer Anhänger entspricht. Wer aber die ganze Härte des Druckes in Deutschland kennt, wer die quälende Sorge um den Arbeitsplatz, die auch heute noch die Arbeiterschaft in in hohem Maße in ihrer Einsatzbereitschaft zum Kampf gegen Hitler hemmt, erlebt hat, der weiß, daß mancher in diesen Wochen entgegen seiner inneren Ueberzeugung unter einem überstarken Druck seinen Namen für diese Terrorwahl wird hergeben müssen.

Aber auch in diesen Fällen werden sich die Arbeiter in den Betrieben nicht über die wahre Bedeutung dieses Wahlaktes hinwegtäuschen lassen. Es geht hier nicht um Betriebsfragen, es geht um den Sieg dieses oder jenes wirklichen Vertrauensmannes der Arbeiterschaft in diesem oder jenem Betrieb, es geht nicht um die »Eroberung« der Vertrauensräte, sondern es geht um eine wichtige allgemeine politische Frage. Das System hat die Wahl inszeniert mit der Absicht, seine verbrecherische Politik unter der Devise »Kanonen statt Butter« mit möglichst hohen Stimmzahlen aus der Arbeiterschaft ge-

wissermaßen rechtfertigen zu lassen. Es hat dazu der Arbeiterschaft die Möglichkeit geben müssen, in einer Wahlhandlung ihre wahre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Die wahre Gesinnung der Arbeiterschaft und das Ziel ihres gegenwärtigen politischen Kampfes in Deutschland aber gebietet das Nein, die Ungültigmachung der Stimmzettel, welche Namen immer sie auch tragen mögen, in all den Fällen, in denen die Möglichkeit einer geheimen Abstimmung gegeben ist.

Dieses Nein wird Hitler nicht stürzen, aber es wird — millionenfach ausgesprochen — seinen Rückhalt im Volk weiter zermürben und zersetzen, und es wird vor allem das Selbstvertrauen und das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft — diese elementaren Voraussetzungen für die Ueberwindung der schmachvollen braunen Diktatur über das deutsche Volk — weiter festigen und stärken.

Judengeld stinkt nicht

Gestapo beschlagnahmt Gelder der jüdischen Winterhilfe.

Nachdem in den früheren Wintern regelmäßig die Nachrichten über Benachteiligung der jüdischen Erwerbslosen bei der Verteilung der Winterhilfe-Mittel dokumentiert worden sind, obwohl die NSV durch Runderlaß zu einer solchen ungleichmäßigen Behandlung der verschiedenen »Rassen« verpflichtet worden war, ist seit dem Erlaß der Reichsbürgergesetz im Herbst 1935 die Winterhilfe-Betreuung der jüdischen Bedürftigen von der arischen Notleidenden getrennt worden. Eine besondere »Jüdische Winterhilfe« wurde gegründet und den jüdischen Kulturorganisationen angeschlossen. Für die jüdischen Unterstützungsempfänger war das unerwarteterweise ein offener Vorteil. Denn einerseits getrauten sich jetzt die jüdischen Spender die Schnorrereien der amtlichen Winterhilfe abzulehnen; andererseits gaben wohlhabende Juden, denen ihre Geschäfte »abgekauft« worden waren, von ihrem Vermögen lieber einen namhaften Anteil an die »Jüdische Winterhilfe«, als sie durch »Reichsfluchtsteuer« und ähnliche amtliche Räuberzölle zu 80 Prozent bei der Verbringung ins Ausland einzubüßen. So hat der ehemalige jüdische Warenhausbesitzer Jandorf über 500.000 Mark gespendet. N. Israel soll sogar eine volle Million beigegeben haben.

Da die amtliche Winterhilfe bekanntlich fast nie Barunterstützungen gewährt, sondern die gesammelten Gelder fast restlos in die unergründlichen Rüstungsfonds des Dritten Reiches verschwinden läßt und die Unterstützungsempfänger mit den spärlichen Lebensmitteln der »Pfundspende« abpeist, waren die jüdischen Unterstützten, denen die Geldmittel der Jüdischen Winterhilfe zugute kamen, wider den Willen des Regimes weit besser daran als ihre »arischen« Elendsgenossen. Dieser Zustand ließ Göbbels nicht ruhen. Auf seine Veranlassung griff die geheime Staatspolizei ein und beschlagnahmte zunächst das gesamte Barvermögen der Jüdischen Winterhilfe. Vor kurzem hat die Gestapo eine »Vereinbarung« mit der Jüdischen Winterhilfe erzwungen, nach der die Jüdische Winterhilfe ein Fünftel der gespendeten Geldmittel ohne Gegenleistung an die amtliche Winterhilfe abführen muß. Die Aufrüstung des Dritten Reiches wird also neuerdings durch den Raub an den jüdischen Erwerbslosen mitfinanziert!

Der blühende Korruptionsgarten

»Ehe wir Nationalsozialisten Deutschland erlösten, war Deutschland ein einziger Sumpf, aus dem die Blasen aufstiegen. Wir haben einen blühenden Garten aus ihm gemacht.«

(Aus einer Zeitschrift der »Deutschen Arbeitsfront«.)

Mit Gott für Hitler und Vaterland!

Die in Fulda auf der außerordentlichen Bischofskonferenz beschlossene Kundgebung, die sich insbesondere auf die katholische Ehe und die Jugenderziehung erstreckte, ist bisher nur im Auslande bekannt, in Deutschland aber noch nicht von den Kanzeln verlesen und auch nicht in den Kirchenblättern veröffentlicht worden. Rücksicht auf die Verhandlungen mit dem Reichskirchenminister Kerrl beherrscht die Stunde. Weit rückt die Kirche von dem Devisensünder Bischof Dr. Legge von Meissen ab, der nicht einmal seinen rechtmäßigen Sitz in Fulda einnehmen durfte. Der weithin bekannte Jesuitenpater Speker, der wegen »Kanzelmisbrauch« erst freigesprochen, dann in Schutzhaft genommen und jetzt wegen 18 »Fällen«, die auch der wütendste Kirchenfeind schlecht als politische Hetze empfinden kann, 15 Monate eingesperrt wird, geht mit vielen anderen ins Gefängnis, ohne daß auch nur eine einzige kirchliche Stimme des Protestes laut zu werden wagt. Aber es bleibt nicht einmal bei dieser furchtsamen Schwäche! Der hohe Klerus trachtet danach, sich »positiv« zum Hitlerstaate zu verhalten und dessen Verbrechen und kriegsgefährliche Politik nicht nur zu billigen, sondern geradezu zu verherrlichen. Man glaubt den hinkenden Teufel Joseph Göbbels selbst zu hören, wenn man die Predigt des Erzbischofs Dr. Gröber von Freiburg zur Jahreswende vernimmt. Laut dem »Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg« hat dieser Kirchenfürst gesagt:

»Nicht nur der einzelne, auch Deutschland hat im abgelaufenen Jahre die Güte des Ewigen erfahren. Die deutsche Volkskraft hat sich entfaltet und die Arbeitslosigkeit in überraschendem Maße vermindert. Neu aufgerüstet steht nun das Reich in den Reihen der Völker wieder da, und statt der Unehre, die seit dem Versailler Frieden den deutschen Namen befleckte, steht die Welt einem geschlossenen, aufwärtsstrebenden und machtbetonten Staate gegenüber.«

An anderer Stelle rückt der hitlerische Erzbischof dem Pazifismus zu Leibe, »der die Unterscheidung zwischen einem ungerichten und gerechten Waffenaustausch grundsätzlich ablehnt und jeden Krieg als unchristlich und sündhaft bezeichnet«. — Bei der Erörterung der Spannungen zwischen Staat und Kirche wird der Regierung des Reichstagsbrandes, des blutigen Terrors, der Wahlfälschungen und der Meineide von höchster katholischer Stelle in Deutschland bestätigt, daß sie weder auf einem gewaltsamen noch rechtswidrigen Umsturz basieren. Von den Katholiken wird Ehrfurcht und gehorsames Dienen gegenüber dieser »rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit« verlangt.

Wir kennen die Erbitterung in Millionen deutschen Katholiken, aber man mache sich über die Kirchenfürsten nichts vor. Wenn eines Tages Hitler seinen »gerechten« Krieg gegen das den herrlichen und positiv christlichen Nationalsozialismus bedrohende Sowjetrußland beginnt, werden die Glocken aller deutschen Dome zum heiligen Kampfe gegen den gottlosen und ruchlosen Feind aufrufen, die Gläubigen werden zum Gebet in die Kirchen strömen und gesegnet und mit geweihten Waffen werden sie von ihren Bischöfen auf die Schlachtfelder geschickt werden: Mit Gott für Hitler und Vaterland! H. W.

Göbbels kontra Göbbels

»Jede Propaganda hat eine Tendenz; es kommt auf die Qualität dieser Tendenz an, ob sich die Propaganda positiv oder negativ auswirkt; eine gute Propaganda braucht nicht zu lügen, ja, sie darf nicht lügen.« (Reichsminister Dr. Göbbels, zitiert im 12-Uhr-Blatt, Berlin.)

Ein Hinterwäldler

Der neue Weltachschmeister Dr. Euwe wurde vom holländischen Innenminister in Audienz empfangen. In den Gängen des Ministeriums hatten sich die Beamten aufgestellt und brachten Euwe eine herzliche Ovation dar. Der Weltmeister erwiderte: »Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre freundlichen Gefühle. Aber ich würde nicht, daß in Ihrem Amte so wenig zu tun ist!«

Von wem hat der Mann eine solche Denkart nun gelernt? Von Hitler? Von Göring? — Denen ist es noch nie als Zeitvergeudung erschienen, wenn Hunderttausende — oft stundenlang — sich zu Ovationen für sie aufstellen mußten.

Hinter den Kulissen der Gestapo

Die Spitzelarbeit im Ausland — Ein beweiskräftiges Dokument

Wir sind in der Lage, ein Dokument zu veröffentlichen, das die Methoden der Gestapo aufzeigt. Es handelt sich um ein amtliches Schriftstück der Gestapo. Hier ist sein Wortlaut:

Geheime Staatspolizei
Landesamt Dresden.

Dresden, den 6. Januar 1936.
Informationen

für den Sicherheitsdienst der Gestapo im Landesamt Dresden.

Inland.

Zu Anfang des Jahres gibt es neue Aufgaben, die im Rahmen der alten zu erledigen sind, darüber einige Informationen:

Jeder Sicherheitsdienst-Beauftragte hat genaues Augenmerk auf alle Vorgänge in der Bevölkerung seines Dienstbereiches zu legen und laufend darüber zu berichten. Besondere Beachtung mögen folgende Fälle verdienen:

I. Wie weit sind die Bestrebungen der marxistischen illegal arbeitenden Organisationen zur einheitlichen Aktion gediehen? Welche neue Personen sind verdächtig, darin mitzuarbeiten? Welche Tätigkeit entfalten sie im Grenzgebiet? (Namen und Adresse sind genau anzugeben.)

II. Wie ist die Stimmung der Bevölkerung bei der anhaltenden Lebensmittelnapp-

heit und Teuerung? Sind gewisse Rädelsführer bei event. Zusammenrottungen oder Kravallen festzustellen und wer sind sie? Stehen sie mit marxistischen Elementen in Verbindung?

III. Es ist festgestellt worden, daß in fast allen Orten des Landesamtes zu Weihnachten Hilfeleistungen für die pol. Gefangenen und deren Familien von seiten marxistischer Kreise, teils durch Geld oder Naturalien getätigt worden sind, ohne daß man den Gebern auf die Spur gekommen ist. Das ist beschämend für uns. Es muß unter allen Umständen gelingen, festzustellen, ob diese Aktion fortgesetzt wird und welche Personen diese Aktion durchführen.

IV. Eine erhöhte größere Tätigkeit entfaltet die als staatsfeindlich bekannte Organisation der Vereinigung erster Bibelforscher. In welchen Orten ist von dieser Tätigkeit etwas zu spüren? Welche Personen arbeiten darin und welche Methoden entfalten sie? Sie sind nicht wie bisher als lächerlich und kleinlich zu betrachten, sondern genau wie die marxistischen zu behandeln.

Alle Berichte sind schriftlich und genau an den Ortsleiter weiterzugeben.

Ausland.

Betr.: CSR.

Die sich häufenden Mißerfolge unserer

Agenten in der CSR, namentlich in Westböhmen, machen es notwendig, daß zeitweilig andere Gebiete intensiver arbeiten müssen. Das Landesamt Dresden hat die Aufgabe erhalten, im Gebiet Bodenbach bis Gablonz vorzustoßen, es erwächst also für unsere Beauftragten eine große Aufgabe. Sie haben sich unbedingt mit aller Kraft darauf einzustellen. Die bisherigen Mißerfolge sind auf die Tätigkeit von Lockspitzeln zurückzuführen. Um diesen Dingen aus dem Wege zu gehen, werden unsere Beauftragten von jetzt ab besondere Anweisungen bekommen, so daß also Inland- und Auslandsdienst besonders behandelt wird, auch in bezug der Informationen. Der Informationsdienst für das Ausland wird Mitte oder Ende Januar das erstmalig herausgegeben werden und an Ausführlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Er ist genau zu beachten.

Alle Berichte sowie die Entwürfe von Operationsplänen werden von nun an in Zukunft unmittelbar zur Hauptzentrale Berlin eingeleitet. Die Bestätigung von dort erfolgt. Bis zur erwähnten Zeit müssen sämtliche Beauftragte ihre Vorarbeiten getroffen haben, um dann tatkräftig einsetzen zu können.

Damit ist ein nicht zu widerlegender Beweis für das Treiben von Gestapospitzeln im Ausland und für die Verantwortlichkeit der Hitlerregierung gegeben.

Neue Schandurteile in Bremen

Das Ende des Hochverratsprozesses gegen Sozialdemokraten

Wir haben über die beiden ersten Verhandlungen des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg gegen Bremer Sozialdemokraten berichtet. Dabei gaben wir der Ueberlegung Ausdruck, daß es diesen Richtern und diesem Staatsanwalt schwer fallen würde, nach dem Zusammenbruch der Anklage die Verhandlung gegen die restlichen beiden Gruppen durchzuführen. Nach einer Verhandlungspause, die dieses Gericht benutzte, um nach den Bremer Schreckensurteilen gleichlautende gegen Hamburger Sozialdemokraten auszusprechen und dazwischen im Familienkreise unterm Christbaum »Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen« zu singen, haben unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Roth und dem Anklagevertreter Staatsanwalt Lehmann die Termine gegen die zwei restlichen Gruppen stattgefunden.

In der ersten Verhandlung, in der über 14 Genossen und eine Genossin zu Gericht gesessen wurde, ist aus der Straftat die zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilte Genossin Carstens als Zeugin vorgeführt worden. Die Anklage behauptet, daß einer der jetzt abzurteilenden Genossen eine Zeitlang illegale Schriften bekommen hätte, dann plötzlich nicht mehr. Die Zeugin Carstens sollte die Stelle und den Grund nennen, weswegen die Weiterbelieferung eingestellt worden sei. Beide Aussagen verweigerte die Genossin trotz unmißverständlicher Drohungen des Vorsitzenden.

Der Staatsanwalt beantragte dann folgende Strafen: gegen den Genossen Hückemeyer zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus; gegen die Genossen Ahlers, Bundschuh und Schindler je zwei Jahre Zuchthaus; gegen die Genossen Schütte und Götze zwei Jahre Gefängnis; gegen die Genossin Fye 15 Monate Gefängnis; gegen die Genossen Hase, Kurbahn, Lüdecke, Sachs, Vögeling und Windels je ein Jahr Gefängnis.

Wenn man mit diesen Anträgen die Begründung vergleicht, die der Vorsitzende geben mußte, ist man doppelt entsetzt über die Urteile. Der Vorsitzende führte wörtlich aus, daß »die Angeklagten dieser Gruppe nicht zu den eigentlichen Prominenten der illegalen sozialdemokratischen Arbeit gehören, es kommt daher für sie aus subjektiven Gründen eine Vorberereitung des Hochverrats nicht in Betracht. Wohl haben auch sie an Treffen teilgenommen und illegale Schriften verteilt, doch kann ihnen das Bewußtsein einer hochverräterischen Tätigkeit nicht nachgewiesen werden.«

Und nach diesem Eingeständnis des Vorsitzenden sehe man sich die brutalen Urteile an:

gegen den Genossen Schütte 18 Monate Gefängnis; Hückemeyer zwei Jahre drei Monate Gefängnis; Bundschuh zwei

Jahre Gefängnis; Götze 18 Monate Gefängnis; Kurbahn acht Monate Gefängnis und Schindler 10 Monate Gefängnis. Die Genossin Fye wurde wegen »fahrlässig begangener heimtückischer Angriffe auf die nationale Regierung« zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Genossen Lüdecke, Sachs, Schramm und Vögeling wurden freigesprochen.

Die vierte und letzte Gruppe bestand aus vier Genossinnen und einem Genossen.

Im Urteil führte der Vorsitzende aus, diese Angeklagten hätten nicht im Zentrum, sondern nur an der Peripherie der illegalen Arbeit gestanden. In vier Fällen erfolgte ein Freispruch, im fünften Falle wurde das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt.

Eine Abstrafung

Das Danziger Naziregime vor dem Völkerbundsrat.

Der nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig Greiser hat vor dem Völkerbundsrat einen Rückzug angetreten. Er hat sich »schweren Herzens« bereit erklärt, die Empfehlungen des Völkerbundsrates durchzuführen. Es handelt sich um Aufhebung der Uebertragung nationalsozialistischer deutscher Gesetzgebung auf Danzig, um den Hinauswurf von Beamten und Angestellten ihrer politischen Gestattung halber und um die Vergewaltigung der oppositionellen Presse. In allen Punkten hat Greiser den Senat verpflichtet, seine Maßnahmen rückgängig zu machen und die Rechtsgarantien der Verfassung wieder herzustellen. Der braune Senatspräsident hat in Genf eine regelrechte Abstrafung über sich ergehen lassen müssen.

Der Völkerbundsminister Lester hat vom Völkerbundsrat ein Vertrauensvotum erhalten, das seine Stellung in Danzig außerordentlich stärken wird. Der Völkerbundsrat hat es über allen Zweifel erhoben, daß der Hobe Kommissar das Organ ist, das die Garantie des Rats für die Einhaltung der Danziger Verfassung wirksam werden lassen muß.

Die Opposition gegen die braune Diktatur in Danzig erhält etwas freiere Luft — wenn auch der Zustand in Danzig längst nicht der Danziger Verfassung entspricht. Die Danziger Opposition — und darunter namentlich die Sozialdemokratie — hat die letzten Reste demokratischer Freiheiten benutzt, um erfolgreich gegen die Gewaltherrschaft zu kämpfen. Es ist längst kein Zweifel mehr, daß die braune Diktatur in Danzig sich nicht auf eine Volksmehrheit stützen kann.

Offen bleibt die Frage, wie weit die Zuicherungen, die Greiser in Genf gegeben hat, durchgeführt werden. Das Danziger Organ der Nationalsozialisten kommentiert die Genfer Vorgänge mit dem Satz: »Es hat sich nämlich nach dieser Tagung an dem Zustand in Danzig so gut wie nichts geändert.« Der böse Wille, gegebene Zusicherungen nicht zu erfül-

len, muß bei den Nationalsozialisten immer vorausgesetzt werden. Aber es ist nun die Aufgabe der Opposition in Danzig, über die Ausführung zu wachen, und sie kann es um so mehr, als sie weiß, daß ihre Stimme nicht unterdrückt werden kann und daß es eine Instanz für ihre Rechtsforderungen gibt.

Darf er? Darf er nicht?

Kleines Kompendium neudeutschen Wahnsinns.

Das humorlose Deutschland von heute pflegt eine besondere Art von Humor, den unfreiwilligen nämlich —! In dieser Beziehung entwickelt man bereits eine gewisse Virtuosität.

Ein »Nichtarier« namens Wittenberg, ein Jurist, hat jetzt zum ersten Mal die Ausfühngsbestimmungen zum Hausangestelltengesetz in allen ihren Konsequenzen beleuchtet und den jüdischen »Haushaltsvorständen« zur Kenntnis gebracht.

Es ist eine streng sachliche Schrift, ohne eine Spur der Kritik selbstverständlich und rein informativ gedacht —, sie ist nämlich in Berlin erschienen.

Und trotzdem liest sie sich so grotesk wie eine gute Satire. Man höre:

»Wenn in einem sonst männerlosen jüdischen Haushalt, in dem eine arische Hausgehilfin unter 45 Jahren beschäftigt ist, der über 16 Jahre alte, nicht im Hause lebende Sohn regelmäßig zum Essen kommt, muß die arische Hausangestellte diesen Haushalt verlassen!«

Vorsicht kann nie schaden. Vielleicht frißt er sie — man hat ja so viel von Ritualmorden gelesen! Immerhin braucht der aussätzige Knabe nicht zu verhungern, denn

»seine Mutter darf ihm das Essen durch einen gleichnamigen Boten in seine Wohnung schicken, wo er es verzehren darf, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen.«

Soweit wäre die Rassenohre gewahrt. Indessen:

»Der jüdische Untermieter, der in einem arischen Haushalt, in dem eine deutschblütige Hausgehilfin beschäftigt ist, wohnt, darf außer dem Morgenkaffee keinerlei Mahlzeiten im Hause einnehmen.«

Denn mit dem Essen steigt bekanntlich der Appetit.

Wie steht es nun mit dem Aufräumen des vom jüdischen Untermieter infizierten Zimmers?

»Es bleibt der arischen Hausgehilfin in Abwesenheit des jüdischen Untermieters unbenommen, die üblichen Aufräumarbeiten zu verrichten.«

Jedoch

keinesfalls darf der jüdische Untermieter in der Küche erscheinen und so zwangsläufig in eine nähere Berührung mit der Hausgehilfin kommen. Er muß sich damit gleichsam haushaltliche Rechte an, wodurch für die Hausgehilfin der Zwang zum Verlassen der Stellung gegeben ist.«

Witzblattphantasie eines Unverantwortlichen? Nein, nur reichsdeutsches verbindliches Gesetz, geschaffen gewiß von Unverantwortlichen, die aber ein ganzes Volk verantwortlich machen können! Das ist Deutschland! Nur seine letzte, gespenstige Karikatur!

Pierre.

Die Höhe der Hitlerschulden

Die Konsolidierung beginnt zu versagen

Rapid steigt die Schuldenlast in Hitler-Deutschland. Wir haben seinerzeit die Schätzung des »Economist« wiedergegeben, der in seiner Nummer vom 10. August 1935 die schwebende Reichsschuld auf 15—20 Milliarden geschätzt hatte, und eine Berechnung auf Grund der Wechselstempelsteuer-Eingänge, die damals noch bekanntgegeben wurden, hat die Schätzung des angesehenen Londoner Fachblattes zur Gewißheit gemacht. Aber selbst wenn man den offiziellen deutschen Angaben des Finanzministeriums und des Konjunkturinstituts, die aber die wirkliche Summe der Rüstungswechsel nach ihrem eigenen Zugeständnis nicht enthalten, Glauben schenken wollte, so ergäbe sich für August 1935 eine schwebende Schuld von 10 bis 10½ Milliarden. Wir wiederholen: diese Ziffer ist die Hälfte der wirklichen. Aber auch sie ist bei der Kapitalarmut Deutschlands nach der Inflation und Krise ungeheuerlich groß. Als nach Eintritt der Krise 1930 die schwebende Schuld des Reiches sich einer Milliarde näherte, erklärte der damalige Reichsbankpräsident Schacht, daß dies unerträglich sei und zu einer Gefährdung der Währung führen müßte, und erzwang eine sofortige Erhöhung der indirekten Steuern.

Das entscheidende ist aber noch nicht einmal so sehr die absolute Höhe, handle es sich nur um 10 oder 20 Milliarden, sondern die ungeheuer schnelle Vermehrung der ungedeckten Schulden infolge der hemmungslosen Rüstungsausgaben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Produktion von Rüstungswechseln monatlich mindestens 400, wahrscheinlich aber 500 Millionen RM beträgt.

Seit Jahresmitte, auf die sich die obengenannten Ziffern beziehen, hat also eine Steigerung der schwebenden Schuld um 2½ bis 3 Milliarden stattgefunden. Die schwebende Schuld würde aber nach den offiziellen Angaben sich heute auf 12½ bis 13½ Milliarden belaufen; in Wirklichkeit beträgt sie 18—23 Milliarden Mark. Rechnet man zu der kurzfristigen Schuld die langfristigen Reichsschulden von 10½ Milliarden, und die Schulden der Länder und Kommunen von 15 Milliarden hinzu,

so kommt man zu einer öffentlichen Schuldenlast von offiziell 36—39 Milliarden, in Wirklichkeit auf eine solche von 43½ bis 48½ Milliarden.

Dabei ist der Anteil der schwebenden Schuld an der gesamten Reichsschuld exorbitant hoch. Nach den offiziellen Angaben wäre die schwebende Schuld etwa gleich hoch wie die konsolidierte; in Wirklichkeit übertrifft sie diese heute wohl um mehr als das Doppelte! Damit hält Deutschland augenblicklich einen bisher unerreichten Rekord in der Finanzgebarung.

Es ist deshalb begreiflich, daß Schacht immer wieder den Versuch macht, die kurzfristigen Schulden, die jederzeit von der Reichsbank mit ihren Noten eingelöst werden müssen — rund 5 Milliarden dieser Rüstungswechsel dürften bereits bei der Reichsbank, der Golddiskontbank und bei den sonstigen von der Reichsbank abhängigen Instituten gelandet sein — in langfristige zu verwandeln, sie zu konsolidieren. Wir haben über die Versuche berichtet und hervorgehoben, daß es sich dabei um einen wirtschaftlichen und finanziell ziemlich unwichtigen Vorgang handelt. Denn um den Umtausch der kurzfristigen Reichspapiere, die sie jederzeit diskontieren muß, in langfristige zu erzielen, muß die Reichsbank die Lombardierung, das heißt die jederzeitige Beleihung der langfristigen Anleihen zugestehen. Sie muß also in dem einen wie im anderen Fall bereit sein, ihre Noten für diese Papiere herzugeben. Denn nicht aus echten Ersparnissen und echter Neubildung von Kapital erfolgen die Anleihezeichnungen, sondern es handelt sich nur um Umtausch einer Sorte Staatspapiere in eine andere, hinter denen in beiden Fällen nichts steht als derselbe Notenbankkredit.

Um so merkwürdiger ist es nun, daß die Konsolidierung auf immer stärkere Hemmungen stößt.

Bis zum Ende des Jahres 1935 betrug die Konsolidierung durch Anleihen 1,8 Milliarden. Auch diese war nur dadurch möglich, daß die Diktatur die Sparkassen, die Sozialversicherungsausschüsse, die pri-

vaten Versicherungsgesellschaften, zum Teil auch Banken und große Industrieunternehmen zwang, ihre Reserven in diesen Anleihen anzulegen. Aber was bedeuten selbst diese 1,8 Milliarden im Hinblick auf die über 20 Milliarden schwebenden Schulden, im Hinblick auf eine ständige Monatsvermehrung um ½ Milliarde!

Nun hat man für den Beginn des Jahres, wo die Geldflüssigkeit und das Anlagebedürfnis saisonmäßig immer am größten ist, eine neue Reichsbahnleihe von 500 Millionen mit achtjähriger Laufzeit zu 4½ Prozent zum Kurse von 98½ Prozent — die Effektivverzinsung beträgt also 4,73 Prozent — aufgelegt. Auch sie sollte dazu dienen, die Arbeitsbeschaffungswechsel in eine langfristige Form überzuführen und dadurch den Gesamtblock der konsolidierungsbedürftigen schwebenden Schuld zu verringern, wie es eine Reichsanleihe ebenso tun würde. Man zog die Reichsbahnemission vor, weil man offenbar dachte, daß der Reichsbankkredit beim Publikum höher eingeschätzt werde als der des Reichs.

Die Reichsbahnleihe ist aber ein eklatanter Mißerfolg geworden. Es sind nur 300 Millionen vom »Publikum« gezeichnet worden, die restlichen 200 Millionen mußte das Bankenkonsortium übernehmen. Die Konsolidierung ist mißglückt. Dies, obwohl der Kapitalmarkt in Deutschland durch die behördlichen Maßnahmen ausschließlich für die Zwecke der Fundierung von Reichsschulden reserviert ist und allen Bedürfnissen der Privatwirtschaft, aber

auch der Länder und Kommunen verschlossen bleibt.

Der Vorgang beweist schlagend, daß trotz der Staatskonjunktur die Bildung von frei verfügbaren Kapitalien und Ersparnissen hinter den Erfordernissen der Staatsfinanzierung weit zurückbleibt. Das zeigt auch die Entwicklung der Bankbilanzen. In scharfem Gegensatz zu England und Amerika zeigen die Kreditoren der Privatbanken seit 1933 eine fortschreitende Verminderung. Dasselbe ist bei den Staats- und Landesbanken der Fall. Nur bei den Sparkassen haben sich die Einlagen im Jahre 1935 noch vermehrt. Aber die monatliche Einlagezunahme ist auch da in dauerndem Rückgang begriffen. Betrag der Monatsdurchschnitt der Einzahlungsüberschüsse im ersten Vierteljahr 1935 noch 125 Millionen, so hat er sich im dritten Quartal auf 23 Millionen vermindert und die rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit um 800.000 Köpfe im vierten Quartal läßt eine weitere Abnahme erwarten. Dies ist auch natürlich bei einem System, das trotz steigender Lebenshaltungskosten jedes Steigen der Löhne verhindert.

Die Unternehmer aber hüten sich, ihre jederzeit einlösbaren Wechsel in Anleihen zu verwandeln. Sie kennen die Zukunft der deutschen Mark und der deutschen festverzinslichen Papiere. Sie suchen die Wechsel in Sachwerte umzuwandeln, erweitern ihre Konzerne, kaufen alle Unternehmungen zusammen, die am Markt sind, oder erweitern ihre Anlagen.

Die Konsolidierung versagt, die In-

flation nimmt ihren Fortgang. Und dies muß sich noch beschleunigen, wenn die in den kapitalistischen Kreisen schon herrschende Inflationsangst erst die Massen ergreift und sie sich sagen werden, daß sie mit jedem Groschen, den sie in die Sparkasse tragen, nicht nur das herrschende System stützen, sondern ihre Ersparnisse auch der sicheren Entwertung ausliefern.

Für die Reichsbahn, deren schlechte Finanzlage wir kürzlich dargestellt haben, bedeutet der Mißerfolg der Anleihe die Wahl, entweder in ihrer leichtsinnigen Schuldenwirtschaft fortzufahren, oder aber, ihre Ausgaben zu drosseln und ihre Einnahmen zu erhöhen. Dabei sind ihr aber enge Grenzen gesetzt. Ausgabedrosselung bedeutet vermehrte Arbeitslosigkeit in den Lieferindustrien und Arbeiterentlassungen im eigenen Betrieb. Die letzte Einnahmeerhöhung durch Transportverteuerung hat in den Kreisen der Industrie bereits Bestürzung und lebhaften Protest hervorgerufen. Dies um so mehr, da das Reichswirtschaftsministerium Preiserhöhungen aus Anlaß der fünfprozentigen Erhöhung des Gütertarifs, die der Reichsbahn eine Einnahmevermehrung von 100 Millionen bringen soll, durch eine Verordnung zu verhindern trachtet. Die Last soll also von der Industrie, und vor allem vom Handel getragen werden. Ob die Durchführung gelingt, mag zweifelhaft sein, und die Tendenz zum Preisauftrieb wird jedenfalls eine neue Stärkung erfahren, zumal da es bei dieser ersten Tarifierhöhung nicht bleiben wird.

So tauchen immer neue Schwierigkeiten auf und steigern die Spannungen in einer Wirtschaft, der durch die Politik einen großenwahnstinnigen Diktatur unerträgliche Lasten aufgebürdet sind.

Dr. Richard Kern.

Deutsche Streiflichter

Die englischen »Mondkälber«

Von der Gerissenheit nazistischer Propagandakünste machen sich auch deren besten Kenner noch immer unzureichende Vorstellungen. So dürfte der Trick wohl neu sein, englisch sprechende deutsche Nazis, die sich längere Zeit in Amerika aufgehalten haben, nun als »Amerikaner« im Auslande das Dritte Reich in den höchsten Tönen loben zu lassen. Einer dieser Agenten berichtet im »Westdeutschen Beobachter« über seine Einseifungsfahrten unter der Überschrift »Ein Deutscher spricht als Amerikaner«. Er macht sich über die englischen »Mondkälber« nach Kräften lustig, die alle auf seine Tarnung hereingefallen seien. Ueberall spielte er sich als Amerikaner auf, der nach Deutschland gekommen sei, um das Dritte Reich zu studieren und zu seiner Überraschung gesehen habe, daß die im Auslande verbreiteten ablehnenden Kritiken nicht stimmten. Zwei renommierte Kostproben aus seinen Reiserinnerungen sind bezeichnend. Die erste schilderte den Abschied von einem Friseur, der ihm eine Broschüre über »Horst Wessel« zu lesen gab:

»Die Gemeinheiten, welche in diesem Heftchen über einen Nationalhelden geschrieben waren, erregten mich derart, daß ich das Heftchen zerriß und es dem erkannten Judenfriseur ins Gesicht warf mit den Worten »Euch Schweinen wird auch noch das Handwerk gelegt werden.« Ich verließ das Lokal. Der Jude wollte mir nach, er schimpfte; aber ein echter SA-Mann weiß sich auch im Ausland zu helfen. Da aber der Jude der größte Feigling ist, den es in der Welt gibt, wenn man ernstlich mit Schlägen droht, bot ich ihm eine gehörige Tracht Prügel an, wenn er nicht sofort zurück in seine Bude gehen würde. So etwas zieht bei allen Juden in der ganzen Welt. Mein schmutziger Held verschwand...«

Wenn nur einiges davon wahr ist, genügt es, um zu zeigen, wie die SA im Auslande aufzutreten wagt. Aber sie spricht auch in voller Uniform in London. Die »Landesleitung der NSDAP«, denn so etwas gibt es auch in England, lädt ihn zu einem Vortrag ein. Er fährt in voller Uniform mit einem Mantel darüber, zum Versammlungsort, ohne daß jemand im Omnibus oder auf der Straße seine Uniform erkannte. »Das Erstaunen unserer lieben deutschen Volksgenossen in England, einen SA-Mann in voller Uniform vor sich zu sehen, war natürlich sehr groß.« In hohen Tönen spricht der »Amerikaner« von der gut ausgerüsteten NSDAP Englands. Man wird es zwar nicht billigen, aber von der Höhe seiner Frechheit her begreifen, daß

der Nazi die britische Toleranz als die Schwäche von »Mondkälbern« verspottet.

Um Himmelswillen

keine »Parolen«!

Von der allgemeinen deutschen Volksbefragung, die trotz feierlicher Versprechen im ganzen vorigen Jahre nicht stattgefunden hat, verlautet noch immer nichts. Man lauert wohl auf den großen außenpolitischen Schlag, der die Lösung für einen neuen Plebiszitschwindel geben soll. Nun sind am 3. und 4. April Vertrauensratswahlen. Es schien erst, als sollten sie unter einer allgemeinen Parole erfolgen: Butter oder Arbeit? Arbeitslosigkeit oder Aufrüstung? Für oder gegen die hitlerische Wirtschaftspolitik! — Die Herren Führer der Deutschen Arbeitsfront sind aber noch sehr unsicher, ob sie einen so allgemeinen Kampf wagen dürfen, und diese Zweifel sprechen dafür, daß die mißtrauische Oppositionsstimmung in den Betrieben doch wesentlich größer ist, als man nach der fast widerstandlosen Hinnahme der vielfachen Bedrückungen des Regimes manchmal annehmen könnte. — Die Nazis möchten die Vertrauensratswahlen von allgemeinen Parolen der Staatspolitik mehr und mehr distanzieren und sie ganz auf den einzelnen Betrieb und in diesem wieder auf die persönliche Befähigung und Würdigkeit der einzelnen Vertrauensräte abstellen. Es soll also auch bei den Vertrauensratswahlen die allgemeine Strategie des Nationalsozialismus durchgeführt werden, die verhindern will, daß eine neue wirtschaftliche und politische Arbeiter-Solidarität sich bildet. Bis in den einzelnen Betrieb hinein soll die Zersplitterung getragen werden. Der Arbeiter soll sich über jeden einzelnen Vertrauensrat entscheiden und er soll unter allen Umständen daran gehindert werden, etwa durch ungültige Stimmzettel seinen Protest gegen den ganzen Vertrauensrats- und Wahlchwindel zum Ausdruck zu bringen. So glaubt man nachher behaupten zu können, daß es sich bei den Wahlergebnissen nicht um ein politisches Stimmungsbarometer, sondern eben um rein lokale Erscheinungen in jedem Betriebe handle. Von Vertrauen in die Vertrauensratswahlen spricht das jedenfalls nicht.

Brief über die Pressewoche

»... das allgemeine Schimpfen ist vielleicht wieder etwas geringer geworden, weil eben viele Leute wurschtig sind und bleiben und nur zeitweise aufgepulvert sind, aber lehrreich ist doch die Pressewoche, die jetzt überall mit großen Roden und mit einer

»Hausagitation«, wie wir das früher nannten, der SA und SS steigt, und die sind gewiß nicht zu beneiden, denn soweit ist man immerhin schon, daß man sich nicht etwa auf das Parteiblatt aufdrängen läßt. Viele Leute sagen einfach »Ich lese keine Zeitung« und verweisen auf das Radio mit dem Volksempfänger, das ihnen genüge oder sie sagen »Ich habe kein Geld für die Zeitung« und zeigen ihr Lohnblättchen oder die Quittungskarte vom Abzahlungsgeschäft, wo noch Raten zu begleichen sind, oder sie sind Wohlfahrtsempfänger und sagen, daß der Hausbesitzer sie um die rückständige Miete drängt, und so gehen viele Werber unverrichteter Sache fort. Manche bestellen auch einen Monat, bezahlen aber dann nicht weiter und bestellen ab, weil sie sich sagen, daß die Nazis doch nicht immerzu in die Häuser kommen können. Natürlich die Beamten und die Geschäftsleute müssen vorsichtiger sein und eine Nazizeitung halten, aber auch da macht man Witze über den Inhalt und flüstert sich zu. »Wissen Sie schon, daß das »Hakenkreuzbanner« nächstens eine Ausgabe für Erwachsene herausbringt?« und grient sich dazu ein. Kein Mensch glaubt, daß die Auflagesziffern, die die Nazipresse laut Gesetz in jeder Nummer angeben muß, noch stimmen, denn sie müssen viele tausende Abonnenten verloren haben und auch die jetzige Werbeweche wird diese nicht wiederholen. Das merkt man auch den mehr oder weniger alten Kämpfern an, die treppauf und treppab gehen und doch auch manche versteckte Bemerkung über die Bonzenwirtschaft anhören müssen und dann manchmal seufzend gestehen »Ja, der alte Kampfan fehlt«, und es ist sicher, daß gerade in der Aufnötigung der Nazipresse der Terror nicht mehr recht wirkt... Hannes Wink.

Wer erfand die Wissenschaft?

Hauptkoryphäe des Dritten Reiches in rassistischen Dingen ist neben Herrn Günther Herr Tirala, der jetzt — wo könnte es auch anders geschehen?! — bei J. F. Lehmann in München einen neuen Schmöcker »Rasse, Geist und Seele« hat erscheinen lassen. Darin befindet sich folgender Kernspruch:

»Wissenschaft ist die von den Menschen nordischer Rasse erfundene und ausgebauten Denkwelt, die Welt der Erscheinungen gesetzmäßig zu begreifen.«

Da wird freilich die alten Ägypter noch nachträglich der Schlag treffen müssen! Aber auch zeitgenössischen Menschen scheint so, was doch durch Mark und Knochen zu gehen. Denn der Buchkritiker zum Beispiel der »Umschau« meint salomonisch, daß Tiralas Darstellung und Auffassung »von stark ausgeprägter Eigenart« sei... Da hat er recht!

Dritte braune Kulturbilanz

oder: der »innere Auftrag«

»Politische Dichtung kann keine befohlene Dichtung sein, aber als Auftragsdichtung ist sie dann nicht abzulehnen, wenn der Auftrag als äußerer Anlaß dazu führt, daß die Dichtung nach einem inneren Auftrag geschaffen wird.« (Heimuth Langenbacher: »Dichtung der jungen Mannschaft«, Hamburg 1936)

»Es ist selbstverständlich, daß unter dem Gesichtspunkt der Ewigkeit, unter dem wir den Nationalsozialismus betrachten, kein Anlaß zu irgendeiner Sorge vorhanden ist, wenn die große zusammenfassende Tat noch nicht getan worden ist.«

(Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser über die neudeutsche Dichtung.)

Von allen Seiten rücken die Rechenschaftsberichte über die kulturpolitischen Leistungen des Regimes in siegesfreudigen Geschwadern heran. Reichsschrifttumskammer, Buchhändlerorganisationen, Kulturgemeinden und Theaterverwaltungen wetteifern in Ziffern, die die ununterbrochenen Erfolge der deutschen Bildungsschlacht verdeutlichen sollen. Das Wort »Schlacht« hat keineswegs nur formale Bedeutung. Auf diesen Feldern liegen in Hunderterreihen die vertriebenen und verfemten Dichter, Schriftsteller, bildenden Künstler, Schauspieler und Sänger, denen die nationalsozialistische Weitanschauung die »innere Sendung und den äußeren Auftrag« versagte. Die kulturelle Produktion des Dritten Reiches kann nur durch die unaufhörliche Reproduktion von »Berufsgleichen« existieren. Zahlen und Ziffern, die an sich nicht gefälscht zu sein brauchen, haben hier die Aufgabe, zu Wahrheitsverschleierungen und Mystifikationen zu dienen.

Neben dem Wort »Kultur« steht logisch immer zugleich das Wort »Propaganda«. Früher, in den Tagen, als noch die »Untermenschen« herrschten, hatte dieses Wort einen etwas fatalen Nebensinn. Es bedeutete die Werbung für eine Sache, die sich nicht absolut und eindeutig durch ihre Güte empfahl. Sie erforderte darum die äußeren Mittel der Aktivierung aus dem Gebiet der Reklamepsychologie. Unzweifelbar, daß der Nationalsozialismus der sehr rationalen (und zumeist »jüdischen«) modernen Werbetechnik die besten Effekte zur Massenbeeinflussung abgelernt hat, und es war durchaus in der Ordnung, daß zu den ersten staatspolitischen Neuschöpfungen der braunen Diktatur das Propagandaministerium gehörte. Die Macht der Gewohnheit an das Wort ist so groß, daß ein großer Kreis deutscher Menschen das Gefühl für die Peinlichkeit und Zweideutigkeit des offiziell gekrönten Wortes verloren hat. Diese Erscheinung gehört zur Totalität der Abstumpfung und Abtötung geistiger Entscheidungen, die dem System repräsentative Kulissenerfolge ermöglichen.

Rechenschaft der »literarischen Stoßtruppe«

Beginnen wir mit dem deutschen Buch und seinen Autoren. Vor zwei Jahren wurde das Reichsschrifttumsgesetz proklamiert, das die bereits von der Reichsschrifttumskammer verkündeten Ausstößungen und Verbote legalisierte. Hans Friedrich Blunck sagt in seinem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht, »daß wir in diesen zwei Jahren dahin kamen, wo wir heute stehen, daß wir die Fundamente des Baus, den wir richten, fertig haben, ist unser Stolz.« Der stolze Friese Blunck hat in den Weimarer Tagen keineswegs art- und blutmäßig seine Tage verbracht. Führende Hamburger Sozialdemokraten haben zahlreiche Förderungsgesuche Bluncks in den Akten. Er unterkellerte seine Ansprüche stets mit dem Gelöbnis freiheitlich-sozialistischer Gesinnung, in deren Namen er Denksprüche und Händedrucke verteilte. Heute streift er seine Freunde reihenweise aus den Listen mit der wollüstigen Beckmesser-Freude, die die Vergeltungstunde für die Erfolge der andern gekommen sieht. Blunck entdeckt nun überall »prachtvolle Arbeit«. Es freut ihn, daß in allen deutschen Volks- und Leihbibliotheken jenes Schrifttum ausgemerzt wurde, das der braune Klan nicht

zu seinesgleichen rechnet. Da im Dritten Reich selbst das geistige Vakuum organisiert werden muß, so gibt es, wie wir von Blunck erfahren, auch eine besondere »Verbotsabteilung« der Reichsschrifttumskammer.

Blunck hofft, daß das Schrifttum allmählich dem Staat die Verbotspflicht abnehmen und »von sich aus«, wie er sich ausdrückt, die Prüfung neuer Bücher auf sich nehmen werde. Dieser Wunsch beginnt allmählich in Erfüllung zu gehen. Ein enger Kreis von Geweihten und Beauftragten fängt an, eine braune scholastische Dogmatik aus-

zu sein, um die noch immer sehr gefürchteten Gegner auf einer Art von geistiger Hochebene (was sie sich darunter vorstellen) zu widerlegen und zu schlagen. Die Fetzen fliegen nur so. Da schreiben jetzt zahlreiche junge Leute die treuherzigsten Romane von Aufstieg und Niedergang, von werdender Volksgemeinschaft nationalsozialistischer Observanz mit populären Gestalten, kurz von allem, was braune Herzen begehren sollten. Aber die Lanzenreiter der »Bücherwarte« metzeln sie nieder. Die gesinnungstreuesten Dinge werden als »bedeutungslos« abgetan, Oberflächlichkeit und Flachheit werden abge-

offiziellen Liste der Reichsschrifttumskammer anerkannt ist oder nicht, jedergewen jeden den Warnfinger: »Warte nur, balde« . . . Eine besonders ansprechende Drohung sprach Heinz Steguweit, der Schriftleiter des »Westdeutschen Beobachters« aus. Er schrieb jüngst in seinem Blatte, er sähe im braunen Schriftstellergefülle viele, die bewiesen, daß man ein vortrefflicher Formschöpfer, zugleich aber in der Gesinnung ein »herausragender Gauner und Ehrabschneider« sein könne, nämlich ein sich automatisch in der Farbe seiner Umgebung anpassendes Chamäleon. Kurz, im Dritten Reiche sei es möglich, daß das Hochkünstlerische zugleich eine »Widerwärtigkeit« sei. Steguweit »könnte sie mit Namen nennen«. Wie loyal von ihm, daß er es nicht tut! Bleibt ihm ein Erdenrest zu tragen peinlich? In den Sturmtagen der alten Kämpfer saß er geborgen in der liberalen, leicht verjudeten Redaktion des »Stadt-Anzeigers der Kölnischen Zeitung«. Er hatte damals noch einen gelinden Schrecken vor Sozialismus und Sozialdemokratie. Heute ist für ihn Sozialismus einfach das »Volkshafte«, womit er zeit lebens auf Du und Du stand.

„Es ist schrecklich in diesem Haus . . .“

Steguweit ist ein Beispiel dafür, daß die Propaganda längst durch den viel brutaleren und viel unkomplizierteren Zwang abgelöst worden ist. Die Berichte der braunen Kulturverbände sind nicht geschickt genug, die Spuren des Terrors und der Peitsche zu verbergen, die zu den verkündeten Resultaten führten. Von allen Seiten werden unter vielseitigen Diktaten die Menschen »erfaßt« (besser »ergriffen«), um auf den verschiedenen braunen Altären ihren Obulus abzuliefern. Die Organisationen reiben sich im Leerlauf gegeneinander.

In allen Berichten erscheint die Behauptung wieder, daß das geistig-künstlerische Deutschland erst gegen den 30. Januar 1933, geküßt vom braunen Prinzen, aus langem Dornröschenschlaf erwacht sei. Bei den seelischen Strapazen, denen das deutsche Volk in den vergangenen Jahren ausgeliefert wurde, kann die Spekulation auf die Vergesslichkeit Erfolge erzielen, zumal es keinen Widerspruch gibt. Die Berichte über das Theater in Deutschland bieten handgreifliche Beispiele dafür. Durch die braune Presse wird verkündet, daß die deutsche Bühne, wie alle Berichte bestätigten, von einer »Klassiker-Renaissance« ergriffen worden sei. Neben dem erfolgreichen Schweinestück »Krach um Jolanthe« ständen Schillers »Don Carlos«, Goethes »Götz«, Lessings »Minna von Barnhelm« und Shakespeare »Der Widerspenstigen Zähmung«, konkurrenzlos an der Spitze der deutschen Theateraufführungen. Posas Gedankenfreiheit, die Leiden des wackeren Tellheim durch das gamaschenknöpf-frederizeanische Preußen haben zur nationalsozialistischen Weitanschauung etwas mangelhafte Beziehungen. Höchstens könnte man der Peitsche Petrucios, der sein widerspenstiges Kätschen kürre bekommt, einige symbolische Bedeutung zubilligen. Die Herren Theaterdirektoren machen durch die Aufführung von Klassikern aus der Not eine Tugend, denn kein Medium kann den kassenfüllenden Dramatiker der neuen Weltanschauung herbeizitieren.

Im Studio des Deutschen Theaters in Berlin läßt Heinz Hilpert die neuen theatralischen Gaben aufführen, mit dem Mute der Verzweiflung, um unter den jüngeren Dramatikern das ersehnte Genie zu entdecken. Jüngst spielte man hier das Drama von Heinrich Blösch: »Das Kreuz am Brunnen«. Es handelt sich um den Kampf eines Kriegs-Heimkehrers gegen »roten Mob« und »roten Umsturz«, aber sonst muß es fürchterlich gewesen sein. Nach dem Attest der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« erreichte der Autor nur das »quälende Abbild einer wider-natürlichen Unwirklichkeit, die sich oft zu nervenpeinigender Unerträglichkeit stei-

Hermannus Rex

Ministerpräsident Göring besuchte zwei höhere Schulen Berlins. Er erschien unerwartet in mehreren Klassen, ließ sich Hefte und Bücher zeigen und griff gelegentlich auch mit eigenen Erklärungen in den Unterricht ein.



Zeichnung von Henry Dubas.

zubilden. Vor ihren Richterstuhl werden gänzlich ahnungslose literarische Liebgänger der Gewalttätigkeit und der braunen Weltanschauung geladen. Ungefähr zur gleichen Zeit, als das Reichskulturkammergesetz verkündet wurde, erschien die erste Nummer der Monatschrift »Die Bücherwarte«, die der von Alfred Rosenberg geführten Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums untersteht. Hier ist, wie er sich selber nennt, ein »literarischer Stoßtrupp« am Werke. Hier werden schonungslos alle Schriftsteller dem braunen Flammentode überliefert, die in eine ganz bestimmte geistige Schlachtordnung und in eine an Legensymbolik erinnernde Geheimzeichensolidarität nicht hineinpassen. Es sollen nur »wirkliche Spitzenleistungen« anerkannt und gefördert werden, es soll nicht mehr der Maßstab der Weltanschauung, sondern der »Wissenschaft« angelegt werden, zu biologisch-literarischen Züchtungszweck-

lehnt, wobei das weltanschauliche und gesinnungsmäßige als allgemeine Vorschrift geistiger Produktion bereits vorausgesetzt wird.

Vor zwei Jahren schrieb ein junger Nationalsozialist aus der vordersten Front, daß echte braune Kämpfer nicht viel miteinander zu reden brauchten. Sie »röchen« einander schon nach den ersten Worten. Blutgeruch und Juchtenstiefelduft? Das gewiß auch. Aber an dieser Witterung füreinander, an der schnellen Verständigung der durch Gelb, durch Glauben und durch Rasse miteinander verbundenen, ist nicht zu zweifeln. Der literarische Stoßtrupp möchte diesen braunen sechsten Sinn nach der sublimen Seite hin entwickeln. Aber es fragt sich, ob die Leute um Dr. Gernerwaldmann, den Hauptschriftleiter der Bücherwarte, selber ganz ungefährdet bleiben werden. Der Wille, seriös zu sein, kann leicht mit den geschäftlichen Interessen der herrschenden Verlegergruppe zusammenstoßen, und daß ist unbedingt tödlich. Dauernd erhebt, gleich, ob man in der

Ein Minnesänger des Fememordes

Kaviar der zeitgenössischen deutschen Literatur

gert. Einem gefangenen General wird unter anderem vom »roten Pöbel« die Dornenkrone aufgesetzt, er muß neben dem Gottesbild am Kreuz stehen! Selbst unter diesem wohlgezogenen Publikum gab es viele, die noch wußten, daß der einzige General, der 1918 um sein Leben zittern zu müssen glaubte, Herr Ludendorff, keineswegs heilandsmäßig mit der blauen Brille nach Schweden floh. Die Hörer blieben kalt und steif, und der Kritiker zitiert höhnend einen Satz aus dem Schmarren: »Es ist schrecklich in diesem Hause...«

Der Fluchtweg zu den Klassikern hat jedoch noch andere Gründe. Er hängt mit dem heutigen Finanzierungssystem der deutschen Bühnen zusammen. Der Typus des »freien« Besuchers, der kraft eigener Entscheidung ins Theater geht, ist im Dritten Reich nahezu ausgestorben. Die vernichteten Bühnengemeinden mit der Volksbühne an der Spitze, deren jahrzehntelange Kulturarbeit um so unvergänglicher ist, je mehr sie heute verwischt und totgeschwiegen wird, haben ihre Nachfolgerschaft in reinen Zwangsorganisationen gefunden. Der Bühnenbesuch wird überwacht. Er gehört zu dem Kreis der Verpflichtungen. Den Theatern können auf Grund dieses Drucksystems Kartenabnahmen nach festen Schlüsseln garantiert werden, die sich nach den Mitgliederzahlen der deutschen Arbeiterfront richten. In einem sehr verräterischen Bericht der NS-Kultusgemeinde Berlin wird nicht nur vier Millionen Umsatz für Theaterkarten festgestellt, sondern auch offen gesagt, daß ein genau nach dem Vorbild der Partei auf zehn Kreise in Groß-Berlin aufgeteilter Amtswalterstab die Werbung für die Berliner NS-Kultusgemeinde übernommen hat. Die gesamten politischen Zwangsmittel des Regimes helfen also die wirtschaftlichen Fundamente der Bühne sichern. Der Theaterbesucher selbst ist nur Objekt. Seine Entscheidung ist ausgelöscht, er wird nicht befragt, ob er innere Beziehungen zur dramatischen Kunst besitzt oder sie sucht, er hat seinem Amtswalter die Karte abzunehmen, Glied des Systems, daß den letzten Zufluchtsort der Freistunde beansprucht. Da es keine brauchbaren Zeitstücke weltanschaulicher Gesinnung gibt, so hilft man sich mit Klassikern. Eine bestimmte Anzahl von Vorstellungen ist garantiert, und man hat gleichzeitig eine unanfechtbare Rückendeckung gegenüber der wachsenden braunen Kulturpolizei. Ein Mann vom Range Ernst Heilborns, faßt sein Urteil über das Berliner Theaterjahr 1935 in diesem watierten Satz zusammen: Nicht von Wünschen sei hier die Rede, sondern von Deutung dessen, was sich »auf Berliner Bühnen zugetragen hat«. Was aber hat sich zugetragen? Daß das künstlerische Aussehen der Berliner Schauspielhäuser von der neuen oder neueren Pro-

Zu den Leuten, die im Sinne des Dritten Reiches und seiner Verherrlichung der Kommiß-Seele noch am relativ begabtesten den Gänsekiel führen — sie sitzen, weiß es Gott, nicht etwa auf den Redaktionsstühlen der Naziblätter geklauten oder gegründeten Ursprungs —, gehört sicherlich Edwin Erich Dwinger. Nunmehr ist ein neuer Roman aus seiner Feder — »Die letzten Reiter« — bei Eugen Diederichs erschienen. Der gilt der literarischen Pseudoheroifizierung des Baltikum-Abenteurers seeligen Angedenkens. Nicht nur die braune Tagespresse, sondern auch die deutschen literarischen Fachorgane sind voll von diesem Machwerk, das, wie es die »Literatur« (Januarheft 1936) wörtlich anpreist, »die europäische Sendung der deutschen Baltikum-Kämpfer« (sic!) endlich in die richtige Beleuchtung rückt. Aber damit nicht genug! Aus dem Roman werden auch Stichproben veröffentlicht. Nichts kann den Geisteszustand, in den die Hitlerei Großteile des deutschen Volkes versetzt hat, besser illustrieren, als die Tatsache, daß dabei der minutiös ausgemalten und ausgefeilten Schilderung eines formvollendeten Fememordes der Vorzug gegeben wird! Fememord und Drittes Reich, der Hitler und der Heines gehören nun einmal mit Naturgebundenheit zusammen, auch wenn sie sich später gegenseitig an Kehle springen. Hier jene fatale Stichprobe aus der Dwingerschen Opfergabe an das Dritte Reich, wobei das vor allem die besondere psychologische Beachtung verdient, wie realistisch-sinnig der Autor alle Imponderabilien einer schönen SS-Seele ausgeschöpft hat:

»Was wollt ihr mit mir tun?«, fragte

duktion »nahezu unabhängige« sei. Daher also Klassiker-Renaissance!

Fazit

Das Buch, das Theater, der Film: tönendes Erz und klingende Schelle abseits vom Kreise schöpferischer Leistung. Die Vernichtung der deutschen Geistesfreiheit, die Auslese nach Rasse und Blutverzept, der Mangel jedes lebendigen Meinungs- und Ideenaustausches, das Versteckenspiel mit dem Wort unter dem Zwange der Furcht: die braunen Lobredner und Apologeten mögen sich die Finger wundschreiben und sie werden das erträumte Strahlengestirn neuer künstlerischer Blüte nie erleben. Es gibt keinen »inneren Auftrag« des Geistes, wenn er, den eigenen freihellichen Gesetzen folgend, jeden Augenblick von Ruten gepöckelt und von Skorpionen gezüchtigt werden kann, die im Tierpark der Göring, Göbbels und Rosenberg für Unbotmäßige und Problematische bereitge-

halten werden. »Innere Aufträge« des Geistes werden zur Farce, wenn sie von einer kleinen Schar, die das aktuelle Wahrheitsrezept besitzt, in erlaubte und unerlaubte, in anerkannte, geduldete oder verfeimte aufgeteilt werden.

Hier versagt die Lobrede, hier scheitert die Propaganda. Auf diesem Boden ist zuletzt das Urteil der Menschen und der Welt unbeirrbar, weil die Wertmaßstäbe des Geistes einem ewigen Gesetz unterliegen. Der mephistophelische Plan, den wohlgedressierten Geist in spanische Stiefel einzuzackieren, wird verlacht von der unbestochenen und unbestechlichen Erfahrung der Geschichte. Die große künstlerische »Tate«, die die braune Diktatur ungeduldig und mißgelaunt von ihrer Ideenwelt erwartet, ist noch nicht getan worden, weil sie nie getan werden kann.

Andreas Howald.

zu, der schon lange gräbt.« Bist du fertig?«, ruft er hinüber.

»Noch nicht ganz!«, sagt Reimers erstickt.

In diesem Augenblick jagten die anderen heran, springen erst dicht vor ihm von den Pferden. »Er ist kein Schweinehund!«, empfängt Donat sie mit einer Kopfbewegung, »wollen ihn darum auch nicht wie die Roten kicken! Stell' ne Gruppe zusammen, Wollmeier, daß er 'ne anständige Salve kriegt...«

Macholke war wieder ruhig geworden. Nur seine Augen irisierten flackernd; sengender Fanatismus brannte darin.

Niemand sprach jetzt mehr ein Wort, alle beschäftigten sich auffällig mit irgend was. Reimers brachte die Pferde zu dnen, die der gute Christian mit einem Gesichtsausdruck hielt, der ihm das Wasser in die Augen treten ließ.

»Um Gottes willen!« flüsterte Christian, »wollen sie wirklich...?«

Wollmeier gab ein paar gedämpfte Befehle, hell rasselten die Karabinerschläser durch die Stille, mit starren Augen stellte er vier in eine Reihe.

Kindermann stand mit zurückgeworfenem Kopf, sah stiel in den blauen Himmel hinauf. Der breite Büschen kniff die Augen jedesmal zusammen, wenn sie die dürftige Gestalt Macholkes streiften. Feinhals hantierte angestrengt an seinem Karabiner herum, nur Pahlen verfolgte mit glasharten Augen jede seiner Bewegungen.

»Verbinde ihm die Augen!« bat Wollmeier plötzlich leise.

Donat nahm sein schmutziges Taschentuch heraus, schlug es auf den Knieen ein paarmal übereinander, band es Macholke sorgfältig um die eckige Stirn. Wie naß diese Stirn war, wie von oben geschmolzenem Eisen! »Fertig!« heiserte er dann.

»Ach!«, brüllte Macholke auf, »ihr seid ja so dumm!«

Donats schwere Hand, die schon das Zeichen geben wollte, sank noch einmal wieder herab. »Dumm sind wir vielleicht,« sagte er mit unheimlicher Ruhe, »aber du bist noch dümmer!«

Er zog die schwere Parabelkugel, stieß den Arm wüργerecht vor.

»Es lebe Mos...«, schrie etwas gurgelnd. Dann peitschten die Salven knatternd auf, rollten dumpf wiederhallend durch den Wald.

Soweit das Dwingersche Monumentum Germiniae Hitleriensis! Wir möchten es einzig und allein mit folgenden Kernsatz der Fachzeitschrift »Literatur« in ihrer Kritik des Romans noch dekorieren: »Ja, Dwinger hat recht, wenn er durch den Mund eines seiner Offiziere fordert, daß die neue Lebensreform künftig nicht mehr von Politikern, sondern von soldatischen Menschen bestimmt werde.« H. E.

Deutsche Kurzdramen

I.
Um 1500. Ein Gebüsch an der Landstraße. Am Wegrande: Ritter mit seinen Knappen.
Ritter. Da kommen die Pfeffersäcke um die Ecke. Zwei Wagen. Immer noch besser als in die Hand gespußt... Drauf! (Der Trupp bricht aus dem Busch, sprengt gegen die Wagen.) Halt! Her mit der Ware, Pfeffersack!
Kaufmann (vom ersten Wagen springend) Ritter Kunz, vor drei Wochen erst habe ich dir Wegzoll gezahlt!
Ritter. Drei Wochen ist das schon her? Wirds Zeit, daß ich dir einmal die Wagen ausräume!
Kaufmann (hält einen Beutel hin) Da — fünfzig Gulden Nürnbergisch.
Ritter (nimmt den Beutel) So, und nun ein paar Säcke abladen! Der Kaiser braucht eine kräftige Ritterschaft!
Kaufmann. Gnade, Ritter. Der Handel geht schlecht — ihr richtet ihn zugrunde! Laßt die Säcke auf dem Wagen...
Ritter. Ist ja alles für euch! Wer bewacht euch die Wege? Wer schützt euch vor Türken und Heiden? Wollt ihr die Heiden im Lande haben? Ist ja alles für euch! (Wendet sich mit seinen Knappen und ein paar vollen Säcken zum Abmarsch.)
Kaufmann (zu seinen Knechten) Recht und Gesetz — zertrampelt und zerhauen!
Ritter. Fluchen darfst du, Pfeffersack, aber berappen mußt du... (Ab.)
II.
Siebenjähriger Krieg. Dorf in Mittel-

deutschland. Preußische Fouragiere in einem Bauernhof.
Wachtmeister. Die Kuh heraus, Bauer. Friedrichs Soldaten hungern.
Bauer. Wir auch. Die Kuh haben mir gestern eure Dragoner genommen. Ich habe nur noch ein Schwein.
Wachtmeister. Das Schwein her!
Bauer (auf den Knien) Es ist das letzte, Wachtmeister. Meine Frau ist krank, meine Kinder...
Wachtmeister. Jammere nicht, Kujon! Ist ja alles für euch! Oder wollt ihr österreichisch werden? Oder gar russisch? Bagage ihr?! (Die Fouragiere mit dem Schwein ab.)
Bauer. Erbarmen, ihr Herren... Wir hungern! (Sieht den Abziehenden nach.) Morgen werden sie mein Pferd holen... Sie fressen Gesetz und Recht!
Wachtmeister (sich im Sattel wendend). Jawohl Sauhirt, schimpf dich aus, wird dir leichter davon...
III.
1936. Städtischer Vorort. Abenddämmerung. Müller und Schulze auf dem Heimweg.
Müller. Hier herum, Kamerad. Sie sammeln wieder. Hörst du da unten die Büchsen rasseln? (Biegen um eine Ecke.) Wie Kriegstrommeln!
Schulze. Jeden Tag dasselbe. Sie sammeln uns die Seele aus dem Leibe, die Knochen aus dem Balge! Vorgestern für den Luftschutz, gestern für Kraft durch Freude, heute für das Winterhilfsmärchen...
Müller. Und fressen das meiste selber auf. Den Bonzen fehlt keine Butter. Sollen

ihre Autos hergeben! Bonzen im Speck. Arbeiter im — (bricht ab, schaut sich um).
Schulze. Hörst du's rasseln da vorn? Sie versperren Weg und Steg. Das Rasseln verfolgt uns bis in den Schlaf...
Müller. Hier um die Ecke Kamerad! (Biegen in eine andere Straße ein.) Menschenleer. Man atmet auf. Halten sie dir einmal die Büchse hin, stehst du schon mit einem Bein — (bricht erschrocken ab. Aus einem Haustor ist eine Rotte junger uniformierter Burschen herausgesprungen, hält den beiden die Sammelbüchsen unter die Nasen.)
Hitlerjunge. Freiwillige Spende — für die Winterhilfe! (Die Bande umstellt die beiden, brüllt: »Wegzoll her!«)
Müller. Wir haben gestern schon gegeben.
Chor der H.J.: Was, heute noch nicht?! — Wegzoll her! — Groeschen raus! Wir merken uns jeden!
Schulze. Sind selber nur Arbeiter. Uebermorgen vielleicht schon ohne Arbeit! Die Miete ist auch noch nicht bezahlt!
Chor der H.J. Aber Uhr und Kette könnt ihr noch tragen, he?! — Zaster raus für die Winterhilfe! — Vorher keinen Schritt weiter!
Die beiden suchen erbittert in ihren Taschen. Zwei Münzen klappern in die Büchsen.
Chor der H.J. Ist ja alles für euch Arbeiter! — Haben wir euch nicht vom Bolschewismus gerettet?! (Johlend ab, in einen anderen Hausflur verschwindend.)
Müller (flüsternd). Auf die Schnauze sollte man sie —
Schulze. Stehst immer mit einem Bein — (bricht ab). In Deutschland herrscht

Recht und Gesetz, wer was anderes sagt — Müller. Schnauze halten, Mensch... (Beide flüstern unhörbar die Straße dahin.) Bruno Brandy.

Auch Zille...

Im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel gibt die Ueberwachungsstelle für das Leihbüchereiwesen bekannt, daß das »Buch für Alle« von Heinrich Zille aus den Leihbüchereien zu entfernen und bei der Ablieferungsstelle abzugeben ist.
Zunächst wird dieses eine Zille-Buch verpönt. Aber ein gleiches Verbot wird wohl auch für »Mein Miljbüch«, für die »Kinder der Straße« und wie die Bilderbücher Heinrich Zilles sonst noch heißen, nicht lange auf sich warten lassen, denn sie alle sind aus so durchaus gleicher Gesinnung entstanden, durch den nur scheinbar harmlosen und gutmütigen Witz Zilles schlägt immer wieder die soziale Anklage so stark durch, daß man notgedrungen schon den vollständigen Zille auf den Index setzen muß, wenn man seinen satirischen Witz nicht ertragen kann.
Warum aber merzt man ihn aus? Sicher nicht, weil etwa die sozialen Zustände, die Zille öfter grimmig lachend als Mischelnd mit seinem Zeichenstift protokolliert hat, nun überwunden wären. Wäre das der Fall, so könnten Zilles Bilderbücher ja eher der nationalsozialistischen Propaganda als Beweisdokumente für die Zeit vor Hitlers sogensreichem Wirken willkommen sein. Aber nein — im Gegenteil: man befürchtet wohl eher, daß der Betrachter in diesen Bildern, vor deren bitterer Wahrheit so oft das Lachen jäh verstummt, heutige Zustände satirisch getroß-

Plancks »Führer«

Deutsche Wissenschaft mit Reichswehr und Schwerindustrie.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gedachte in einer Jubiläumerversammlung in Berlin ihrer vor 25 Jahren erfolgten Gründung. Sie war als Forschungsstätte ohne Lehrbetrieb gedacht und sollte deutschen Gelehrten die Möglichkeit geben, Spezialarbeit in reich ausgestatteten Instituten zu treiben. An der Organisation dieses Wissenschaftsbetriebs ist viel kritisiert worden. Seine Querverbindungen zur Schwerindustrie und zur Armee hatten ihm bereits in wilhelminischen Zeiten den Charakter einer Exklusivität gegeben, deren materielle Hintergründe nicht leicht zu durchschauen waren. Aber kein Zweifel: hier arbeiteten Wissenschaftler von hohem Rang. Viele ihrer Erfindungen auf dem Gebiete der Biologie, der Chemie und vor allem der Elektrotechnik gewannen epochale Bedeutung.

Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist seit zehn Jahren, als Nachfolger Adolf von Harnacks, der große Physiker Professor Max Planck. Träger des Nobelpreises. Planck gehört zu den Souveränen der deutschen Wissenschaft. Aber in Deutschland sind bedeutende Gelehrsamkeit und unbeugsamer Freiheitswille in fachlichen wie in persönlichen Angelegenheiten keineswegs voneinander untrennbare Begriffe. Planck war bei Ex-Wilhelm hoch in Gunst. Später drückte er dem ersten deutschen Reichspräsidenten als untadelhafter Republikaner herzlich die Hand. In der Berliner Jubiläumerversammlung aber war seine Servilität vor den Machthabern des Dritten Reiches beispiellos. Er schickte »seinem Führer« ein Begrüßungstelegramm, das als Dokument der Würdelosigkeit der Vergessenheit entrissen werden muß. Es heißt darin, daß »Wissenschaft und Wirtschaft treu zu dem von Ihnen neu aufgerichteten Deutschen Reich stehen und wissen, daß sie nur unter Ihrer Führung und unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht nützliche Arbeit leisten können.«

Man muß die Treue-Varianten deutscher Wissenschaftler immer wieder herzlich bewundern. Unweit von Geheimrat Planck saß mit verkümmertem Gesicht Ex-Wilhelms Sohn Auwi in der Uniform eines SA-Truppenführers. Früher saß in der Nähe des Herrn Reichspräsidenten bei festlichen Anlässen eine Leuchte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Professor Max Haber, den Hitlers Artengesetzgebung aus dem Amte trieb und der vor zwei Jahren verbittert starb. Die von Planck zitierte Reichswehr verdankt diesem Judenstümpling, die für jeden Friedensfreund höchst problematische Erfindung des Giftgases. Geheimrat Planck hat sich nicht gerührt und ist mit keinem Wort für seinen berühmten Kollegen eingetreten. Zur Rechten und zur Linken des Herrn Geheimrates saßen ferner: Schacht, von Neurath, Krupp von Bohlen, Bosch und die Herren Direktoren der 34 Institute, deren Forschungsarbeit, so weit sie ins Gesinnungsmäßige reicht, nicht mehr gelenkt werden

fen sieht. Kostüme und Frisuren des »Milijöhns« haben sich geändert, das Milieu ist geblieben. Es gibt noch die grauen Hinterhöfe des Berliner Nordens, in denen eine erboste Portiersfrau skrofulöse Kinder ankeift: »Wollt ihr von die Blume weg! Spielt mit'n Müllkasten!« — das Regime aber gießt Kanonen und hat für soziale Wohngebauten kein Geld. Die verhärmten, ausgeemgerten, vom Schicksal erbarmungslos verhäßlichten Proletenfrauen mit dem Säugling auf dem Arm über dem schon wieder schwangeren Leib, diese Frauenwracks, »2. Hinterhaus, 4 Tropfen links«, wie sie Zille gezeichnet hat — sie zwingt das Regime, das sechste, siebente, achte Kind auszutragen, denn das Regime braucht Soldaten und fordert dafür Kinderreichtum fürs Vaterland. Und wie auf jener Zeichnung Zilles aus der wilhelminischen Zeit können diese Frauen fragen: »Ich habe sechs Kinder uff'n Kirchhoff — is det noch keene Bemühung fürs Vaterland?«

Wenn man diese Bilderbücher durchblättert, so stellt sich immer wieder die Frage ein: »Was würde Heinrich Zille, wenn er noch lebte und wenn er dürfte — was würde er heute zeichnen? Vor den Milchhandlungen, den Buttergeschäften, den Fleischerläden, in den Operationsäulen sterilisierender Ärzte, in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, bei den Exerzitien der Hitlerjungen, unter den geschwängerten Minderjährigen aus dem Bunde Deutscher Mädchen, in den Arbeitsdienstlagern — überall dort, wo der Segen des braunen Regimes sichtbar wird, fände Zille seine Modelle wieder. Und unter eine solche Zeichnung brauchte er an Stelle seiner bissigen Witze nur den Text zu setzen, mit dem ein Aufsatz im »Arbeits-

Ich traf ihn in Karlsbad, dem Konditor Diedel. Mit welchem D, wenn ich nicht irre. Vielleicht hieß er auch anders. Wir begegneten einander mehrmals, und er faßte Vertrauen. Meine Nase mochte ihm staatsfeindlich genug erscheinen. Eines Tages, als der zweite Liter Bier hinter seinem Kragenschoner verschwunden war, begann er leise vor sich hinzuquatschen. Ich habe mir seine Worte, sobald er gegangen war, am gleichen Tische nach bestem Gewissen notiert, habe nichts hinzugefügt und wenig weggelassen. Nur die Namen sind zu Ehren der Gestapo geändert.

»Das gann sich ge Mensch vorstellen, so begann er, »wie das zugeht. Ich saach ja garnicht, nich wahr, ich meine bloß Gott, Eier — Eier! Nadlerlich kann man ohne Eier bakken. Warum denn nich? Gennen Sie das chinesische Trockeneigel? Das is ja nu, da gann mer garnicht dazu saachen. Das färbt ooch gewissermaßen. Ganz das Richtiche is das eichentlich nich. Aber was soll mr machen? Zwei Kilo hab ich wieder bestellt von dem Zeuge. Das is noch garnicht. In Dresden ham se Fischtran in de Weihnachtsstollen gebacken. Auf Ehre! Da war ich selber derbei. Un gerochen hab ichs ooch selber. Aber gekauft worden is der Dreck. Disziplin, nich wahr? Da muß mer zugähm: großartig machen se das.

Ich hab einen Freund, der is im Aufsichtarat von der Bank. Was die Leute sich nur alle für Sorchen machen, saacht der, das verschteh ich garnich. Fünfundsechzig Prozent von den ganzen Betrieben gehören doch sowieso der Bank. Ham ja alle Schulden bis über die Ohren, un was ein Fleischer is oder so, der gan heute keine dreihundert Mark mehr abdecken. Un die großen Betriebe erscht! Die Textilfabriken un das alles, die göns doch vor Kredit alle nich mehr loofen. Un Pleite machen se ooch, wenn's noch lange dauert. Da is doch wieder nich derbei. Da brauchen se doch de Leute nich einzusperrn, wenn se das saachen, wo 's doch de blanke Wahrheit is. Den Friebl ham se gleich vierzehn Tage dabehalten, weil der behauptet hat, der Mutschmann bekäme 70.000 Mark im Jahr. Das sollte der zurücknehmen, aber das hat der nich zurückgenommen, da ham se'n wieder loofen lassen. Ich weiß aber, daß der noch mehr kriegt, der Mutschmann mit seiner Minna. Minna heißt das Weib, ich kann se nich ersehen. Mein Schwaacher is bei der SA ganz oben. Der wees das alles. Der wees noch viel mehr. Was die Oebersten sind, die

darf von den freien Entscheidungen und des Gewissens, sondern von dem, was die nationalsozialistische Weltanschauung verlangt und was dem Dritten Reiche nützt.

Eine Arena von Charakterfiguren, mit dem Gesicht der herrschenden Klasse des Dritten Reiches!

mann«, der Zeitung des Deutschen Arbeitsdienstes, kürzlich das spartanische Leben der Mädchen im Frauenarbeitsdienstlager verherrlicht hat:

»Man lernt die Erde kennen in Hitze, Schmutz und Schweiß, in aufgewickelten Lehm, in jenem infamen, dünnen Herbstregen, mit aufgerissenen Händen und Rückenschmerzen. Gerade das Mädchen muß im Arbeitsdienst spartanisch erzogen werden — zur Gewöhnung an den Strohsack, an frühes, morgenkältes Aufstehen, an einfache Waschverhältnisse, an Verzicht auf alle Schönheitspflege, an einfache, möglichst gleiche Kleidung, die individuelle Eitelkeiten unmöglich macht, Verzicht auf alle leiblichen Genüsse und Leckereien, Abhärtung auf der ganzen Linie... Man hört keinen Anspruch auf Privatleben.«

Aber nicht nur dort fände Zille sein »Milijohn« wieder. Denn nicht nur die Vergessenen, die von der Not Gezeichneten, die Verlorenen hat er gesehen und mit grimmigem Mitleid gezeichnet, nicht nur die geplagten, vom Schicksal vorprägten Frauen, nicht nur die hungrigen, bleichsüchtigen Kinder — auch die kessen Gestalten der Unterwelt, die Dirnen, Zuhälter und Verbrecher, das Lumpenproletariat der Elendsviertel hat sein Stift porträtiert. Und auch diese Gestalten leben. Nicht nur auf den Blättern seiner Bilderbücher und nicht nur in der Vorstellung des Betrachters, der den satirischen Sinn auf den heutigen Tag überträgt. Sie leben und sind Fleisch und Blut — nur haben sie den gestreiften Sweater mit dem braunen Hemd vertauscht; den Schlagring und die Fleischerfrisur haben sie behalten. Ihren Wahlspruch hat Zille unter eine seiner Zeichnungen geschrieben: »Kinder, lernt nicht, sonst müßt ihr arbeiten!« Sie sind avanciert. Diese Visa-

Volksgemeinschaft auf sächsisch

Konditor Diedel quatscht vor sich hin

sind ja nu alle kleine Rothschild geworden. Da is doch wider nich dabei. Wer hat, der hat.

Was se be' uns heeme machen, is ja nu nich nichdich. Der neue Bürgermeister, das dumme Luder, der hat schon auf der Schule nich mit fortgekonnt. Der is nämlich 'n bischen hä. Die, was de auf der Schule sitzen gebü'm sind, ham heute überhaupt alle 'n Bosten. Un die wühlen ähm alle in unserm Gelde. Das äreht ein' nadürlich. Zwoe Winderhilfsfritzen ham se bei uns schon weggeschafft weechen Unterschlagung. Der een is de Treppe raufgefallen bis auf'n armdischen Drehschemel. Da is auch der Ortgruppenleiter, der Krause, der wees heute noch nich, wo Amerika liecht. Aber Klunkern hat der an der Jacke baumeln, da muß mer bloß staunen, wo der doch garnich im Felde war. Un dem sei Vater, der is noch 1932 bei uns nach alten Fellen fragen gekommen, heude is der nadürlich Amtswalter. Die wohnen jetzt bei uns im Hause. Sie, das hätt'n se hören sollen, wie da kürzlich im Gasthofe SA-Sitzung war. Saacht doch der junge Krause: »Morchen is Geländelübung, un da gehen alle mit.« Antwort' der Alte: »Ich ja nich, da bin ich zu alt drzu.« Brüllt der Junge: »Da wird gar keene Ausnahme gemacht, da muß cheder mit!« — »Was,« saacht der Vater, »von Dir Rotzjungen werd ich mir was befehlen lassen? Du gannst mich!« Das is dann zuhause weiter gegangen. Die wohnen doch bei uns, nich? Die Alte hat gemeint, gegen ihren Sohn wüßte se schon lange was. Da könnte mer ja dem Gauleiter mal einiges stecken, wenn der Lauser frech würde. Was sei Ortgruppenführer für 'n Räbchen wäre, das könnte man dem mal erzählen. Un mit dem Motorrad, hat der Vater gesaacht, da ist auch nich alles im Lot. Das wäre die höchste Zeit, daß der gnäd'che Herr Sohn vom hohen Roß runder käme. Da würde er schon dafür sorchen, daß die ganze Ortsgruppenleiterei ein Ende mit Schrecken nimmt. Der Junge war nadürlich ooch nich aufs Maul gefallen und hat dem Alten irrendwas von Sammelmarken vorgeschmissen, die der nich abgeliefert hätte. Meine Aelteste hat gesaacht: »Nu hört euch das an, das is das neue deutsche Familienleben.« Dadrauffin antwortete meine Frau: »In die Sitzung, wo der abgesacht wird, gehe ich extra rein. Das muß mer mit eriotb han.«

Im Großen is das aber ooch nich andersch. Da kam jetzt in Leipz'oh ein Offizier an einem hohen SS-Vieh vorbei. Hab ich extra aufgepaßt. Was mein' Se denn, wie die sich grüßen? Die grüßen sich überhaupt nich. Keener von der Reichswehr grüßt keenen von der SS, un die keenen von der SA, un eichentlich grüßen se alle nur sich selber. Als mei Sohn zum ersten Male Urlaub kriechte — der is doch nu bei der Reichswehr, nich? — da hat der Feldwebel auf'm Kasernenhof gesaacht: »Also, merkt euch das: SS und SA und

Reichswehr grüßen sich. Das is Vorschrift, habt 'r verstanden? Ich mach's ja nich, aber eichentlich muß mer's.« — Hat der Feldwebel selber gemacht. Un da soll man sich dann wundern.

Wie bei uns der letzte Stahlhelmappell war — die sin alle mit der Reichswehr dicke Dinte, da gibt's ja nu nich —, da ham se sollen in Drilsden die Fahne abliefern. Da is einer vorgetreten un hat gepredigt: »Gameraden,« meent er, »Gameraden, mir ham beschlossen, unsre Stahlhelmfahne zum bleimnden Andenken an unsre Ortgruppe dem Gameraden Hampel zum Geschenk zu überreichen.« Un da ham se de Fahne ähm nich abgeliefert, da war die ähm einfach weg. Un wenn se die brauchen, da is die ähm einfach wieder da. De Dämmsten sin die nich.

Die ganze Hakenkreuzlerlei die hängt ein ja zum Halse raus. Aber allen saach ich Ihnen! Was da so geschimpft wird, das hat nich mal auf Göring seinem Bauche Platz. Aber wär sol's denne machen? Nee, nee, Herr Nachbar, da hält mer am besten de Gusche, da gomme mer am aller weitesten damit. Nicht für ungut. Ich geh da jetat mein Wässerchen trinken. Gesundheit i' halbe Lähm, un die andre Hälfte is sowieso nich mehr wert. Heil Hitler hätte ich bald gesaacht. Aber das brauch mer ja hier nich. Na dann — grüß Gott, nich für ungut.« — Und segelte davon.

Aufbruch der Angler

Angeln gilt im allgemeinen als eine höchst friedliche Angelegenheit. Im Dritten Reich ist das anders. Da wird der Fisch zum Erbfeind, und die Anglertrute zum Siegfriedschwert.

Die gleichgeschalteten Anglervereine haben sich jetzt in einem Manifest an die stauende Öffentlichkeit gewandt, in dem sie darlegen, wie sehr auch sie der Geist der neuen Zeit ergriffen hat. »Angeln ist eine nationale Sache, erfüllt vom genialen Geiste unseres Führers, so lautet der Kampfruf der neudeutschen Angler-Heroiker. Ob darauf auch nur ein Fisch anbeißt? »Der Weg, den wir bis zu Ende gehen, führt gradlinig zum Ziel!« so liest man weiter. Jedenfalls bis ins Wasser.

Im übrigen werden die Angler vom System der Uniformen demnächst auch ihren Dreß bekommen. Die Angler-Uniform, die obligatorisch sein wird — grüne Bluse, schwarze Hose — ist nicht nur für den Fäching, sondern für ständig gedacht. Um die nationale (Fisch-)Sache verdiente Angler können für ihre Leistungen den Titel »Oberangler« erhalten —. Man liest es und denkt, sie reißen blutige Witze über sich selber. — Aber es ist ihnen Ernst — Ernst mit ihrer Tollheit!

sehr schnell ein vernichtendes Urteil gesprochen.

Dem Ghetto entgegen!

Die Wohnverbote für Juden in bestimmten Gegenden sind ebenfalls zwar nicht formell, aber praktisch verschärft worden. Im letzten Sommer haben zahlreiche, meist kleinere deutsche Gemeinden den Zugang von Juden verboten. Jetzt gehen die zahlreichen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften Berlins dazu über, in ihren oft sehr großen Wohnbaukomplexen sämtlichen jüdischen Mietern zu kündigen. Es ist dies der erste Schritt, um in der »verjudeten« Reichshauptstadt einzelne »judenfreie« Straßen und Viertel zu schaffen.

Anerkennende Bemerkung

Tagtäglich versucht der deutsche Rundfunk bei seinen Hörern den Eindruck zu erwecken, als ob zwischen den Spitzen des Dritten Reichs und den maßgebenden Stellen Englands ein besonders herzliches Verhältnis bestände. Auch der Tod Georgs V. mußte zu Zwecken dieser Stimmungsmache dienen. Selbstverständlich haben alle Staatsoberhäupter, auch Hitler, in London kondoliert und ganz selbstverständlich hat man ihnen dafür höflich gedankt. Den Hörern des deutschen Rundfunks aber wurde diese Tatsache in folgender Form serviert: »Die englische Presse bemerkt anerkennend, daß der Führer und Reichskanzler dem König Eduard VIII. den Ausdruck seines Beileids übermitteln ließ.« Dieser taktlose Versuch, den Tod des englischen Königs im Sinne des Propagandaministeriums auszuwerten, dürfte in England wenig »Anerkennung« finden.

Volksurteil

Das Zentralorgan des NSD-Studentenbundes kritisiert den Film »Der Student von Prag« mit Adolf Wohlbrück sehr abfällig, hauptsächlich wegen des Manuskripts von Hans Heinz Ewers, der ein bißchen unten durch ist. »... Daß Dorothea von Wiek versagt hat, ist uns nach ihrer Amerikareise nicht verwunderlich...« Dort soll sie sich nämlich wenig um die Belange des Dritten Reiches gekümmert haben. Die Kritik schließt:

»Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns die Anfrage, warum gewisse deutsche Filmtheater Kunstwerke wie »Friesennot« nach knapp einer Woche restlos vom Spielplan verschwinden lassen, während solch ein Schmarren wie »Der Student von Prag« entsprechend propagiert wird.«

Wir registrieren das mit besonderem Vergnügen. »Friesennot« ist jener dumme braune Hetzfilm, in dem jeder Sowjetrusse ein Hanke und jeder Wolgafriese ein germanischer Held ist. Das deutsche Publikum hat also

Was sollen die örtlichen Arbeitsausschüsse?

Die »Deutsche Volkswirtschaft« und der »Deutsche Volkswirt« im Streit

An der Schwelle des vierten Jahres Hitler-Herrschaft haben willige Nazischreiber langatmige Betrachtungen über das Erreichte veröffentlicht, um den deutschen Arbeiter für den »weiteren Aufbau« zu gewinnen. Arbeits-einsatz, Arbeitschere, Schulung und Umschulung, Betriebsgemeinschaft und Vertrauensrat, Selbstverwaltung und was es sonst an Schlagworten gibt, füllten die Schulungsblätter der Arbeitsfront. Nur eine Einrichtung wird besonders verschwiegen, obwohl sie in dem »Leipziger Abkommen« zwischen Schacht und Ley eine wichtige Rolle gespielt hat, die örtlichen Arbeitsausschüsse. Mit diesen Arbeitsausschüssen hat es eine eigene Bewandnis. Mit dem sog. »Arbeitsordnungsgesetz« war die Betriebsdiktatur des kapitalistischen Unternehmers bis zur höchsten Vollkommenheit verwirklicht worden. Lohn und Arbeitsbedingungen werden vom Betriebsführer willkürlich diktiert. Dieses unumschränkte Recht des Herrn im Hause, die rein betriebliche Freiheit der Lohngestaltung hätte indes ohne jede Korrektur starke Verschiebungen der Konkurrenzmöglichkeiten mit sich gebracht. Es mußte also ein Weg für eine überbetriebliche Einrichtung gefunden werden, ohne damit etwa den Arbeitern oder der Arbeitsfront irgendwie einen organisatorischen Einfluß sozial- oder lohnpolitischer Art einzuräumen.

Schacht hat die Frage gelöst, indem als unterste Stufe der Bezirkswirtschafts- und Arbeiterräte örtlich oder für einzelne bezirkliche Wirtschaftszweige sog. Arbeitsausschüsse errichtet werden können. Sie wurden in der Zeit vom April bis Dezember 1935 in aller Stille errichtet. Um den Schein zu wahren, wurden die »gewerbliche Wirtschaft« und die Arbeitsfront beauftragt, die Errichtung der Arbeitsausschüsse gemeinsam zu erledigen. Damit war die Mission der Arbeitsfront erfüllt, ihre Amtswalter dürfen an den Sitzungen der Arbeitsausschüsse nicht teilnehmen, dagegen kann jeder Unternehmer seinen Syndikus als »Belegschaftsmitglied« in den AA. entsenden. Die paritätische Zusammensetzung ist eine Farce.

Die Befugnisse der Treuhänder erfahren durch die AA keinerlei Beschränkung, dagegen ist der Arbeitsfront bekanntlich jede sozialpolitische Betätigung untersagt. Für alle Fälle aber ist vorgesehen, daß diese AA jederzeit organisatorisch zusammengefaßt werden können. Der Ley darf sich somit niemals einfallen lassen, seine Arbeitsfront aktivieren zu wollen, die Konkurrenzorganisation der vereinigten Arbeitsausschüsse könnte in wenigen Stunden auf die Beine gestellt werden.

Soweit nun sozial- oder lohnpolitische Übereinstimmung in einem Industriezweig oder örtlich hergestellt werden muß, weil es im gemeinsamen Unternehmerinteresse gelegen ist, dürfen die AA sozialpolitisch Beschlüsse fassen. So geht aus den ersten Berichten der Arbeitsausschüsse hervor, daß sie über Fragen des Urlaubs, der Akkordfestsetzung und der Arbeitsbedingungen in notleidenden Betrieben beraten haben.

Entgegen den ersten Ankündigungen sind irgendwelche Weisungen für die Tätigkeit der Arbeitsausschüsse nicht ergangen.

Da die gebietliche oder gewerbliche Lohnregulierung mit den wirtschaftlichen Bedingungen der Betriebe eng zusammenhängt, war die »Deutsche Volkswirtschaft« auf die Idee gekommen, die AA sollten sich nicht nur mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigen, sondern auch die Klärung der wirtschaftlichen Probleme erörtern. Die Zeitschrift knüpfte an bekannte »Führerwörter« an und schrieb:

»Die Gefolgschaften wollen an der Verantwortung mittragen, von der sie bisher ausgeschlossen waren. Die Verschlossenheit der Unternehmer würde in früheren Jahren von den Mitarbeitern immer recht bitter empfunden. Man wußte nie, ob eine wirkliche Notlage vorhanden war oder ob nur im Hinblick auf bestimmte Verhandlungen in ernsten Worten gesprochen wurde.«

Diese freundliche Mahnung an die Verwirklichung der »Volksgemeinschaft« und zur Anerkennung der Arbeitskamaraden von der schwierigen Faust hätte bei den Nazi-Banden eigentlich begeisterte Zustimmung auslösen müssen. Schrieb doch der »Korrespondent« soeben in seiner Neujaresnummer »enttäuscht«:

»Man könnte zur Annahme gelangen, daß gewisse Menschen vom 30. Januar 1933 ab keinen Kalender mehr abgerissen haben. Sie leben noch in der alten liberalen Zeit, in der Besitz, Kapital, Vermögen, die Höhe des Zylinderhutes und die Bauchweite Voraussetzung für die gesellschaftliche Stellung waren. Was kümmert diese Leute auch der neue Staat und seine Volksgemeinschaft?«

Solch proletarische »Empörung« ist wohl in der Agitation erlaubt, aber nicht, wenn es um die »Wirtschaftsorgen der Kapitalisten« geht, hier hört die Gemütlichkeit und die Volksgemeinschaft auf. Besitz, Vermögen, Zylinder und Bauchweite treten wieder in ihre alten liberalistischen Rechte. So blieb denn die Abreibung für die »Deutsche Volkswirtschaft« nicht aus. Prompt antwortet der offiziöse »Deutsche Volkswirt«, daß zwar die Arbeitsausschüsse, die Sozialprobleme besprechen könnten,

»daß aber die rein wirtschaftspolitischen Fragen sie nur zu dem Teil beschäftigen, der nötig ist, um die Voraussetzungen für die Durchführbarkeit sozialer Aufgaben zu beurteilen. Der Unternehmer wird in der Lage sein, daß er für sämtliche Sorgen seiner Gefolgsleute ein offenes Ohr haben muß, daß er aber nicht umgekehrt von den Gefolgsleuten verlangen kann, sie sollten auch seine unternehmerischen, kommerziellen Aufgaben weiter verfolgen, als er ihnen darüber einen Gesamtüberblick gibt. Die Stelle, die seine anderen Sorgen mit ihm teilt, ist die Wirtschaftsorganisation (d. h. die Unternehmerorganisation. Die Redaktion).

Wohlmeinend fügt der »Deutsche Volkswirt« hinzu, daß zur Beurteilung der Wirtschaftsafragen »eine andere Fachlichkeit gehört, als die des qualifizierten Facharbeiters an seiner Arbeitsstelle.«

So sieht die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Betriebsführertum und Arbeitertum in Hitler-Deutschland aus. Die dekorativen Arbeitsausschüsse sind dazu da, Lohn- und Sozialabbau der »notleidenden Industrien« zu sanktionieren. Sie dürfen diesen Teil der »Sozialprobleme« behandeln. Die angeblichen Ursachen für die »sozialen Beschlüsse« aber dürfen sie nur so weit erfahren, als ihnen der Betriebsführer den ihm zweckmäßig erscheinenden Gesamtüberblick zu geben bereit ist.

Die Arbeitsausschüsse sind zwar ins Leben gerufen, um für das Unternehmertum den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik herzustellen, den Arbeitern aber muß jede Aufklärung über die wirtschaftliche Lage vorenthalten bleiben, damit sie sich »keine Sorgen« um den Betrieb machen!

Neue Wege der Ausbeutung Ein Mittagessen als Tageslohn!

Das Dritte Reich ist auf einem Gebiet doch schöpferisch: es findet immer neue Wege der Ausbeutung. Arbeitsdienst und Landhilfe sind erfunden worden, um bankrotte Klitschen zu stützen, den Junkern Ersatz für die polnischen Wanderarbeiter zu gewähren und dadurch zugleich den Arbeitsmarkt zu »entlasten«. Ein besonderes Kapitel neudeutscher Ausbeutung ist der Frauenarbeitsdienst.

»Das Ziel des Frauenarbeitsdienstes ist nach einigen Experimenten jetzt in der Weise gefunden, daß die Mädchen einzeln mit der Hilfeleistung betraut werden, und zwar bei Überlastung der Hausfrau. Das kann sein in blauerlichen Notstandsgeländen, aber auch in Elendsvierteln der Industriestädte, ebenso in Neusiedlungen. Die Neusiedler sind bekanntlich meist jüngere Ehepaare, die noch keine so weit herangewachsenen Kinder haben, daß ihnen diese eine Entlastung bedeuten. Die Mütter sind also gerade hier vielfach bis an die Grenzen ihrer Kraft beansprucht.«

so schreibt der »Deutsche Volkswirt«. Junge Menschen werden also abkommandiert, um Zwangsarbeit in Kleinbürger-, Bauern- und Junkerkreisen zu leisten. Auf diese Weise sollen an sich lebensfähige Betriebe künstlich gestützt werden. Bevorzugt werden natürlich die Stützen des Dritten Reichs. Wer von den Arbeitsdienstpflichtigen nicht geht, bekommt keine Unterstützung, keinen Arbeitspaß, und damit überhaupt niemals Arbeit! Außerdem muß sich jeder männliche oder weibliche Arbeitsdienstler verpflichten, mindestens 12 Monate draußen zu bleiben. Und durch ein raffiniertes Gesetz, wonach diejenigen, die länger als 12 Monate außerhalb der Stadt lebten, nicht mehr in sie zurückkehren dürfen, sollen die jungen Menschen in die Zwangsjacke der kleinstädtischen, bäuerlichen und junkerlichen Familien gepreßt werden. Den meisten Arbeitsdienstlern ist dieses Gesetz unbekannt, und wenn sie dem Druck des Regimes auch nur einige Tage über ein Jahr hinaus nachgeben, dann sind sie in der Falle, aus der zu entkommen in den seltensten Fällen gelingt.

Der Frauenarbeitsdienst ist zwar noch nicht gesetzlich geregelt, aber er steht trotzdem. Viele Mädchen haben die Einberufung zur Landhilfe mit dem Hinweis auf die zu erwartende gesetzliche Regelung abgelehnt, weil sie fürchten mußten, mehrere Male eingezogen zu werden. Um dem die Spitze abzubrechen, hat die Pressestelle des Reichsinnenministeriums kürzlich mitgeteilt, daß die gesetzliche Regelung des weiblichen Arbeitsdienstes nicht vor Herbst 1937 stattfindet, die Ablehnung des Arbeitsdienstes aber trotzdem nicht statthaft sei. Der Nationalsozialismus, der aus seiner Blut- und Bodennystik heraus neue Bauern schaffen und Städter in Länder verwandeln will, zugleich aber den Großgrundbesitz unangetastet lassen muß, weil dieser sein reaktionärer Bundesgenosse ist, schafft neue Bettelexistenzen, die im eigenen Schuldensland dahinleben. Und hier sollen die Mädchen des Arbeitsdienstes mithelfen. Das Elend der Neusiedler ist grenzenlos, die Arbeitsdienstlerinnen sind oft dem Verzweifeln nahe.

Neuerdings kommt nun auch die Industrie vielfach zu solchen billigen Ar-

beitskräften. Der Nationalsozialismus saniert die bankrotten Betriebe auf Kosten der Arbeiterschaft. Wir haben Meldungen, wonach Arbeitslosenunterstützung beziehende Arbeiter gezwungen werden, einen »Umschulungskursus« von 16–26 Wochen durchzumachen. Facharbeiter werden in Betriebe gesteckt, arbeiten dort für die Arbeitslosenunterstützung und erhalten pro Tag Fahrgehalt und ein Mittagessen. Das Mittagessen wird mit 40 Pfennigen berechnet, es läßt sich in größeren Betrieben also noch allerhand daran verdienen. Für ein Mittagessen und das Fahrgehalt arbeitet also ein Arbeiter in heutigen deutschen Betrieben! Und dann gibt es noch einen Prozeß, wenn die »Devisenstelle« in einem ins Ausland gehenden Brief die Bemerkung findet, daß man in Deutschland lebt wie ein chinesischer Kuli! Man muß wissen, daß die Arbeitslosenunterstützung zu zwei Dritteln von den Arbeitern aufgebracht wird, und nur zu einem Drittel von der Unternehmerklasse. Die Arbeiter finanzieren also auf diese Weise zwangsmäßig den Unternehmer. Sie tragen sein Lohnkonto!

Das ist Nationalsozialismus!

25.000 Hausgehilfinnen ohne Obdach

Am 31. Dezember mußten auf Grund der Nürnberger Rassegesetze alle noch nicht 45 Jahre alten arischen Hausangestellten aus den Diensten jüdischer Haushalte ausscheiden. Schon lange vor dem Termin sind die Arbeitsämter und die Parteistellen der NSDAP mit vielen Hunderten von Gesuchen um eine Ausnahmebegünstigung bestürmt worden. Diese Gesuche sind aber ausnahmslos abgelehnt oder bis zum 31. Dezember nicht beantwortet worden, so daß die Gesuchstellerinnen ihre Dienststelle an diesem Tage verlassen mußten.

Es ist damit durch die Rassegesetze schätzungsweise mindestens 20.000 bis 25.000 Hausangestellten der Arbeitsfront, der Erwerb, ihr Obdach genommen worden. Allein in den Großstädten mußten Tausende ihre Stellung aufgeben; in Frankfurt z. B. wird ihre Zahl auf etwa 13.000 geschätzt.

Jetzt haben in allen Städten die Arbeitsämter und die Fürsorgestellen die größten Schwierigkeiten, die zwangweise arbeitslos gewordenen Personen wieder in Stellung zu bringen oder ihnen Unterkunft zu verschaffen. Es enthüllt sich, daß durch diese Folge der Rassegesetze vor allem die Hausangestellten die Geschädigten sind, denn sie erhalten nicht einmal Unterstützung! In den Richtlinien werden die Arbeitsämter darauf aufmerksam gemacht, daß diese Hausgehilfinnen für die Arbeitslosenunterstützung

»im allgemeinen mit Rücksicht auf die im Jahre 1933 (von den Nationalsozialisten!) eingeführte Versicherungsfreiheit des Hausgehilfinnenberufes nicht in Frage kommen, da sie keine Beiträge geleistet haben.«

Soweit sie kein Obdach haben, sollen sie in Heime »untergebracht« werden. Die Unterbringung in Heimen müssen die Mädchen, die eben ihren Lohn erhalten haben, grundsätzlich selbst bezahlen. Die Hilfe der Fürsorgebehörden wäre an die Vorbedin-

gung der Hilfsbedürftigkeit gebunden, die nur in Ausnahmefällen angenommen werden kann.«

Vom Arbeitsplatz und aus dem Erwerb haben die Nationalsozialisten sie verjagt. Wie sie nun die verzweifelte Lage, in die sie gebracht worden sind, meistern, das ist ihre Angelegenheit.

Deutsche Arbeitsgerichte

Die Tätigkeit der deutschen Arbeitsgerichtsbehörden widerlegt die nationalsozialistische Behauptung von der bestehenden Volksgemeinschaft, die im Dritten Reich die Kapitalisten und die Arbeiter harmonisch umschließen soll. Obwohl infolge der sozialen Entrechtung der Arbeiterschaft 1934 ein erheblicher Rückgang in der Anhängigmachung von Rechtsstreitigkeiten gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen ist, so haben sich doch die Arbeitsgerichte immer noch mit 200.052 Fällen befassen müssen. Auffällig ist dabei, daß der Rückgang der eingereichten Klagen am größten bei den Arbeitern und Angestellten der Industrie und des Handels ist. Die Verminderung beträgt gegenüber 1933 bei den Arbeitern 23,4, bei den Angestellten 28,7 Prozent. Dagegen haben sich die Klagen, die sich aus den Arbeitsverhältnissen in den Handwerksbetrieben ergaben, gegenüber dem Vorjahre auf der gleichen Höhe gehalten. Der Bericht der Arbeitsgerichtsbehörden sagt nichts über die Ursachen dieser unterschiedlichen Entwicklung.

Interessant ist weiter, daß 1934 mehr als ein Viertel der von den Arbeitsgerichten behandelten Fälle auf die vier Großstädte Berlin, Hamburg, Köln und Breslau entfallen. Nicht einmal ein Fünftel der Fälle ist durch einen Urteilspruch entschieden worden. Im Gegensatz zu den sonst in anderen Fragen so geschwätzigen nationalsozialistischen Behörden ist der Bericht recht verschwiegen gehalten. Man erfährt aus ihm nichts über die Gründe der eingereichten Klagen und auch nichts näheres darüber, in welchem Umfang in den einzelnen Fällen den Klagen stattgegeben worden ist.

Trotzdem weiß man, daß, seitdem durch die Faschisten den Arbeitern und Angestellten eine wirksame Vertretung vor den Arbeitsgerichten geraubt worden ist, diese Institutionen nicht viel mehr als nur noch eine Dekoration sind.

Gegen wen richtet sich das?

Nach Mitteilungen der Schweizer Oberzoldirektion an die Presse gilt jetzt durch Anordnung des Bundesrates das Dienstreglement der Schweizer Armee für den Waffengebrauch auch für alle Angehörige des Grenzwachtkorps. U. a. ist danach der Beamte zum energischen Waffengebrauch verpflichtet, wenn

»unter seinem Schutz stehende Personen und ihm anvertrautes Eigentum tätlich bedroht werden.«

Das unschuldige Dritte Reich braucht nun nur noch so zu tun, als wenn gar nichts gewesen wäre...

Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belga 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.